





wohl ebensowenig wie seine Vorgänger und Gegner, die Liberalen. Auf der anderen Seite dürfte die Reinigung des rumänischen Augiasstalls, die Manu sich vorgenommen hat, so viel Energie beanspruchen und alle innerpolitischen Probleme Rumäniens so in den Vordergrund rücken, daß neue und dazu noch fragwürdige außenpolitische Kombinationen in dieser Lage kaum denkbar sind. So jedenfalls, wie heute die Dinge liegen, steht im Mittelpunkt der osteuropäischen Streitfragen das polnisch-ukrainische Problem; ja es ist zu vermuten, daß die polnisch-ungarische Aktion, die jetzt auch durch den Warschauer Besuch des Außenministers Lingarns, Balkom, in Erscheinung tritt, ihre Haupttriebfeder auf polnischer Seite eben in dem ukrainischen Problem hat, in dem Bewußtsein, daß von allen Minoritäten Polens die Ukrainer das gefährlichste und, wie die letzten blutigen Zusammenstöße zeigen, auch das hartnäckigste Element sind, das dem polnischen Staat auch in Zukunft noch manche harte Nuß zu knacken geben wird.

Sehr charakteristisch sind die Forderungen des „Klub Ukrainski“, der sich bei den Sejmwahlen 1922 dem Minderheitenblock angeschlossen hat: Kampf gegen die Zwangscolonisation und die Verbreitung der römisch-katholischen Kirche in den ukrainischen Gebieten Polens; der Boden, auf dem die Ukrainer wohnen, gehört nur ihnen allein; aller Grundbesitz soll der ukrainischen Bauernbevölkerung gegeben werden und nicht den Emigranten (darunter verstehen die Ukrainer jeden Polen, der dort nicht bodenständig ist); es darf in der Ukraine keine polnischen Schulen geben; auf Kosten des polnischen Staates sind Volks-, Mittel- und höhere Schulen mit ukrainischer Muttersprache zu errichten; die von der polnischen Regierung geschlossenen Schulen sind sofort neu zu eröffnen; die fortgenommene Gebäude müssen zurückgegeben werden; alle Ukrainer müssen zu allen Ämtern zugelassen werden; die ukrainische Sprache muß in allen Gebieten, die von Ukrainern bewohnt sind, gleichberechtigt sein usw. Diese Forderungen stellen indessen nur das Mindestprogramm der sog. „territorialen Autonomie“ dar. Noch weiter geht die Forderung nach der staatlichen Unabhängigkeit, nach einer Vereinigung oder Großukraine, die alle, sowohl die polnischen als die russischen Gebiete der Ukraine zusammenfaßt. Dieses große Programm hat natürlich eine eminente außenpolitische, internationale Bedeutung; zugleich berührt es aber auch die Verschiedenheit der politischen Richtungen im Ukrainertum selbst.

Der Block der polnischen Minderheiten ist bekanntlich bei den Sejmwahlen im November 1927 in viel schwächerer Gestalt als bei den Wahlen 1922 wiedergekommen. Dies ist ein Resultat der Differenzierung in bürgerliche und sozialistische Parteien, die bei den Minderheiten, besonders den Juden, Deutschen und Ukrainern klar in Erscheinung trat. Heute stehen sich im polnischen Ukrainertum vor allem die „UPW“ und die „URR“ gegenüber. Unter „UPW“ ist die Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung zu verstehen, deren Führer Dymitr Lewizki erst im Mai d. Js. eine Rede hielt, die ein programmatischer Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt: 1. die Polen sollen sich ja nicht einbilden, daß das ukrainische Problem ein innerpolitisches sei; es sei vielmehr ein außenpolitisches, internationales Problem; 2. das ukrainische Volk in seiner Gesamtheit wird nie auf die Wiederverbindung mit den sieben Millionen polnischer Ukrainer verzichten; 3. die im Rigauer Frieden gezogenen Grenzen zwischen Polen und Rußland sind eine Fiktion. Dennoch hob D. Lewizki ausdrücklich hervor, daß seine Richtung ebensowenig Anschluß an Moskau wie an Warschau sucht. Ganz anders nun die „URR“, die von Andrej Sewizki angeführte Richtung der „Ukrainischen Nationalen Republik“. Sie pflegt bis auf den heutigen Tag die Traditionen der Politik Petljuras. Damit ist schon gesagt, daß sie für ein Zusammengehen mit Polen gegen Moskau eintritt. Praktisch bedeutet das, daß sie die Sowjet-Ukraine der UdSSR entreißen will, und zwar im Bunde mit Polen. Diese Richtung, deren Führer Bilubzki nahesteht, erregt in Moskau naturgemäß den stärksten Argwohn und ist die Hauptursache der polnisch-russischen Spannung. Auf der anderen Seite macht Warschau dem Kreml zum Vorwurf, daß er jene revolutionär-kommunistischen Strömungen im Ukrainertum, die auf eine Großukraine mit Anschluß an Moskau abzielen, also eine eigenartige kommunistisch-ukrainische Irredenta, geheim unterstützt.

Abseits von diesen beiden einander entgegengesetzten Anknüpfungen stehen jene sozialistischen Organisationen, die eine Gemeinsamkeit mit der WPS, und mit der 2. Internationale anstreben. Gerade in Ostgalizien, dem Schauplatz der jüngsten blutigen Ereignisse, ist jetzt, im engen Kontakt mit der WPS, die Organisation einer „Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei“ im Gange, die zwar als Marxismusforderung die Unabhängigkeit der vereinigten Ukraine aufstellen, in der politischen Praxis aber die territoriale Autonomie anstreben wird.

Gemäß der oben geschilderte Konfliktstoff Osteuropas stellt heute wohl keine unmittelbare Kriegsgefahr da. Dennoch ist die Gesamtsituation alles andere denn normal. Es bedeutet den Entschluß, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen, wenn die Sozialdemokratie Ostgaliziens, dieses alten Mittelpunktes der ukrainischen Bewegung, ihre Politik zunächst auf die Autonomie beschränkt, und eine richtige Erkenntnis, wenn sie die Unterstützung ihrer Bestrebungen nicht vom Lager Bilubzki, sondern von der schweizerischen WPS erwartet.

Der Nationalrat in Wien wählte an Stelle des zum Bundespräsidenten gewählten Miklas den christlich-sozialen Professor Gürtner zum Präsidenten für ihn stimmten auch die Sozialdemokraten, da die beiden Präsidenten vereinbarungsgemäß nach der Stärke der Parteien gewählt werden. Der zweite Präsident ist Genosse Rathias Ebersch.

Der neue Schweizer Bundespräsident (Nationalrat und Ständerat) hat für 1929 die Bundesräte Kottia, Scheurer, Haab, Schulthess, Wiso und Häberlin in ihren Ämtern neu bestatlet. Neu gewählt wurde mit 151 von 224 gültigen Stimmen Nationalrat Billet, Gollaz als Nachfolger für den zurückgetretenen Bundesrat Thuard. Zum Bundespräsidenten wurde mit 178 von 222 Stimmen Vizepräsident Dr. Robert Haab gewählt.

Die finnische Regierung Sunila (nämlichste konservative Agrarpartei) wurde durch Annahme eines sozialdemokratischen Minderheitsantrages mit 83 gegen 82 Stimmen bestätigt. In dem Antrag wurde die Belohnung amtlicher Stellen durch Ständestimmen mildernd; diese sind eine reaktionäre Streikbewegung, der weißer General Rannerheim, der die finnische Revolution in der blutigen Weise unterdrückte, ist ihr Oberbefehlshaber. Regierungsbildung durch die Sozialdemokratie oder deren Beteiligung kommt nicht in Frage.

# Der Schutz der Betriebsräte wahlen.

## Die Wahlschutzbestimmungen vor dem Rechtsausschuß.

Der Strafgesetzesauschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern zunächst mit den Strafbestimmungen gegen Angriffe gegen die republikanische Staatsform und gegen verfassungsmäßige Körperschaften. Der in der vorigen Sitzung von der sozialdemokratischen Fraktion gegebenen Anregung, den Schutz vor Verhöhnungen auf die republikanische Staatsform selbst und auf die Person des Reichspräsidenten zu beschränken, wurde von den anderen Parteien zugestimmt und demgemäß beschlossen.

Weiter wurde einer sozialdemokratischen Anregung gemäß die Bestimmung des § 102 gestrichen, nach welcher die Amtsfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht fölle abberufen werden, wenn eine Bestrafung wegen Verhöhnung, Bedrohung oder Verhöhnung verfassungsmäßiger Körperschaften erfolgt ist.

Genosse Dr. Rosenfeld begründete einen weiteren sozialdemokratischen Antrag, der in solchen Fällen auch die Möglichkeit, einen Ausländer aus dem Reichsgebiet zu verweisen, gestrichen werden sollte. Zur Begründung dieses Antrags wurde hervorgehoben, daß jeder löstige Ausländer im Verwaltungswege ausgewiesen werden könne, und daß es deshalb einer besonderen Ausweisungsbefugnis nicht bedürfe.

Genossin Pfälz wies besonders darauf hin, daß in vielen Fällen als Ausländer Menschen angesehen werden, welche die deutsche Kultur in sich aufgenommen und immer in Deutschland gelebt haben. In solchen Fällen dem Verzicht die Ausweisungsbefugnis zu geben, geht zu weit, besonders auf Grund der bayerischen Ausweisungspraxis, die geradezu zum Himmel schreie.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wandten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, der alsdann, auch mit Hilfe der Demokraten, abgelehnt wurde.

Bei den Bestimmungen über Vergehen bei Wahl und Abstimmungen forderte Abg. Jopl (D. Sp.) einen besonderen Verlesungssatz.

Genosse Dr. Rosenfeld widersprach der Aufnahme solcher Bestimmungen in das Strafgesetz. Sie gehörten, wenn man sie überhaupt beschließen wolle, in das Vereins- und Versammlungsrecht.

Schon jetzt sei es bei Verlesungssprengung möglich, wegen Körperverletzung, Nötigung, Hausfriedensbruch, Sachfriedensbruch einzuschreiten.

Abg. Jopl erklärte sich darauf mit einer Zurückweisung seines Vorschlages einverstanden.

Bei § 103, der den Schutz von Wahl und Abstimmungen betrifft, die auf Grund der Verfassung oder anderer Gesetze in öffentlichen Angelegenheiten vorgenommen werden, begründete Dr. Rosenfeld einen sozialdemokratischen Antrag, der den Zweck verfolgte, auch die beruflichen Wahlen, insbesondere die Betriebsräte wahlen unter Schutz zu stellen.

Ministerialrat Bumke erklärte die vorliegenden Bestimmungen für ausreichend.

Abg. Höckel (Komm.) bemängelte, daß die Betriebsräte wahl nicht ausdrücklich geschützt werde.

Abg. Saenger (Soz.) wünschte eine größere Klarstellung, da es ungewisser geblieben sei, eine Formulierung zu befolgen, die nicht klar erkennen lasse, was eine öffentliche Angelegenheit sei. Vor allem bezüglich der Betriebsräte wahl müsse nähere Klarheit geschaffen werden.

Ministerialrat Bumke erwiderte, daß nach seiner Ueberzeugung auch die Betriebsräte wahl durch § 103 geschützt werde, und zwar auch im kleinsten Betrieb, da jede Betriebsräte wahl die Gesamtheit berühre.

Abg. Hanemann (D. Sp.) und Wegmann schlossen sich dieser Auffassung an.

Kunze erklärte Genosse Rosenfeld, daß die sozialdemokratische Fraktion vor allem die sozialen und Betriebsräte wahlen habe schützen wollen, letztere auch dann, wenn sie im kleinsten Betriebe vorkommen würden. Nach übereinstimmenden Erklärungen des Ministerialrats und namenhafter Parteivertreter sei jetzt festgestellt, daß die Betriebsräte wahl unter § 103 fällt. Deshalb ziehe die sozialdemokratische Fraktion ihren diesbezüglichen Antrag zurück.

§ 103 wurde alsdann in der Formulierung der Regierungsvorlage angenommen.

Weiterberatung heute.

## Eidesjustiz und Rechtsangleichung.

### Deutschösterreich verwirft den „fabriksässigen Kaisereid“.

Wien, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Strafrechtsausschuß des Nationalrats wurde bei der Beratung des neuen Strafgesetzes u. a. über die Eidesdelikte gesprochen. Der Sozialdemokrat Kusterlich beleuchtete dabei die verschiedenen Fälle der reichsdeutschen Meinesdelikte und ging u. a. auch auf den Fall Frieders ein.

Justizminister Dr. Slama gab wiederholt zu erkennen, daß ihm der Fall Frieders bekannt und er über die Mängel des Verfahrens gegen Frieders unterrichtet ist. Es wurde beschlossen, gegen den Laibstand des „fabriksässigen Kaisereides“ als einem dem österreichischen Rechtsempfinden fremden Delikt einschleichen Stellung zu nehmen.

## Die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter vom Reichshaushaltsausschuß angenommen.

Im Ausschuß für den Reichshaushalt wurde in der Donnerstag-Sitzung die Kostenfrage für den Aufwand des Reiches an der Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit behandelt. Genosse Müller-Uchtenberg erstattete ein ausführliches Referat über die im Sozialpolitischen Ausschuß bearbeitete Vorlage. Zur Deckung des Reichsaufwands an dem Aufwand, der durch die Vorlage entsteht, sollen in Rechnung 1928 außerplanmäßig bis zu 28 Millionen dem Reichsarbeitsministerium zur Verfügung gestellt werden.

Die Deutschnationalen erklärten sich gegen die Vorlage; die Demokraten und Volksparteier behielten sich einen Kompromißantrag vor, der nach ihrer Ansicht für das Reich leichter tragbar sein würde als der Vorschlag der Reichsregierung. Bestreuer wurde vom Arbeitsminister Genossen Wiffel, dem Genossen Grahmann und den Zentrumsvertretern verweigert. Die Debatte spitzte sich schließlich zu der Frage zu, ob nach der gegenwärtigen Finanzlage durch Genehmigung der 28 Millionen kein Defizit im Haushalts 1928 entstehen, sondern dieser Betrag durch erhöhte Einnahmen oder verminderte Ausgaben Deckung finden werde. Zur Beantwortung dieser Frage wurde der Reichsfinanzminister Genosse Dr. Hilferding gebeten, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Genosse Hilferding erklärte, daß bei dem gegenwärtigen Zustand die Ansprüche der Reichskasse höher seien als nach Annahme der Regierungsvorlage. Denn es sei damit zu rechnen, daß die Darlehen, die bei dem jetzigen Zustand das Reich an die Reichsversicherungsanstalt zu geben hätte, und die den Betrag von 28 Millionen sehr erheblich überschreiten, in absehbarer Zeit schmerzhaft zurückfließen würden. Aller Voraussicht nach sei im Etat 1928 Deckung für den genannten Betrag vorhanden. Die Vorlage wurde in der Fassung, wie sie im Sozialpolitischen Ausschuß herausgekommen war, von einer Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten, angenommen.

## Die neue Kommunalwirtschaft.

### Im Spiegel der Reichsfinanzstatistik.

Eine dritte wichtige Arbeit der Reichsfinanzstatistik wird jetzt durch das Statistische Reichsamt veröffentlicht. Nachdem im Juni ein Gesamtbild über die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden 1913/14 im Vergleich zu 1925/26 gegeben und vor einem Monat die Verhältnisse in den Einnahmen der Gemeinden veröffentlicht wurde, umfaßt die jetzige Arbeit den Wandel in der Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände zwischen 1913/14 und 1925/26.

Auf den Kopf der Bevölkerung ist der gesamte Finanzbedarf um 79,3 Proz., dagegen der sogenannte Zuschußbedarf, das ist der Teil des Finanzbedarfs, der aus Steuern und Betriebsüberschüssen gedeckt wird, um 102 Proz. gestiegen. Die Beiträge von Reich und Ländern sind also längst nicht in dem gleichen Verhältnis gestiegen, wie der Finanzbedarf. Außerdem ist aber die verhältnismäßige Steigerung des Zuschußbedarfes dadurch veranlaßt, daß Fonds und Anleihen sich seit 1913/14 nur von 308 auf 384 Millionen Mark erhöht haben.

Die stärkste Belastung der Gemeindefinanzen in der Nachkriegszeit ist durch die Erweiterung des Aufgabenspektrums im

Wohlfahrtswesen eingetreten. So stieg der Anteil der wirtschaftlichen Fürsorge am Finanzbedarf von 76,6 auf 83,6 Proz. und der Zuschußbedarf von 158 auf 715 Millionen Mark. Die Ausgaben der Gemeinden sind also auf diesem Gebiet 1925/26 um das Vierfache gegenüber 1913/14 gestiegen. Besonders stark wirkten sich diese Ausgabenerweiterungen bei den Großstädten (über 100 000 Einwohner) aus, wo die Wohlfahrtsausgaben von noch nicht einem Fünftel auf 48 Proz. ansteigend die Hälfte des Zuschußbedarfes der Gemeinden gestiegen sind.

Nach deutlicher wirkten sich diese Zahlen auf den Kopf der Bevölkerung gemessen aus. So stiegen die Ausgaben für Jugendwohlfahrt und Hygiene von 2,22 M. auf 4,18 M., für Polizei von 1,72 auf 2,83 M. und die Ausgaben für wirtschaftliche Fürsorge, wie Armenpflege usw., je Kopf der Bevölkerung von 2,80 auf 11,77 M. Die Gesamtausgaben im Wohlfahrtswesen sind je Kopf von 5,10 auf 23,21 M., also um das Fünffache, gestiegen.

Vergleicht man die einzelnen Größenklassen der Gemeinden und Gemeindeverbände, so stiegen die Pro-Kopf-Ausgaben mit folgender Größenklasse. Bei den Gemeindeverbänden ist das stärkste Anwachsen des Zuschußbedarfes bei den Kreisen festzustellen, der von 115,6 auf 503 Millionen Mark angewachsen ist. Hier ist der Anteil der Wohlfahrtsausgaben am gesamten Zuschußbedarf von 22,4 auf 55,1 Proz. gestiegen. — Diese Ziffern, die nur einen winzigen Ausschnitt aus dem erweiterten Aufgabenspektrum der Gemeinden und Gemeindeverbände zeigen, geben aber doch einen Anhalt über die große und ständig wachsende Bedeutung, die das Kommunalwesen in Deutschland nach dem Kriege genommen hat.

## Annäherung in Südserbien.

### Vorbesprechungen zwischen Kroaten und Serben.

Belgrad, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Serben und Kroaten sehnen sich nach Frieden. Die zur Verhöhnung und zu einem Kompromiß geneigten haben in den letzten Tagen in Belgrad und Ugram stark an Boden gewonnen. Auch Tribitschewitsch drängt zum Ausgleich. Unoffiziell sind bereits mehrere Besprechungen zwischen den Parteiführern geführt worden, wobei die kroatischen Unterhändler ihre Forderungen genauer präzisieren.

Die Regierung in Belgrad ist bereit, den Kroaten für die Woche vom 20. Juni eine bestimmte Genugtuung zu gewähren und erkennt an, daß die Kroaten in das gegenwärtige Parlament aus Prestige Gründen nicht zurückkehren können. Man beabsichtigt deshalb, Neuwahlen unter einem von beiden Parteien gebildeten Kabinett vorzunehmen. Ein Königsbesuch in Ugram soll dann den Schlußstrich ziehen. Außerdem soll das neue Parlament eine Umgestaltung der Verfassung, und zwar teilweise im Sinne der kroatischen Wünsche vornehmen.

## Prozeß wegen österr.-ung. Kriegshilfe vor 14 Jahren

In Strymisch-Mitrowitz stehen mehrere Deutsche aus dem Dorfe Grabowci vor Gericht, die nach dem serbischen Rückzug aus Strymisch im Herbst 1914 den österreichisch-ungarischen Militärbehörden orte anfertige Serben angezeigt haben, die teilweise standrechtlich erschossen worden sind und deren Häuser niedergebrannt wurden. Unter den Angeklagten ist der 78 Jahre alte angesehene Landwirt Rothlas Kohnmann. Die Anklage enthält nicht einmal das Datum der angeblichen Straftat. Die Angeklagten erklären sich für absolut unschuldig. Als Hauptbelastungszeuge trat ein altes Zigeuner auf. Mit diesem Prozeß wird die Serie der „hochverratprozeße“ gegen Deutsche aus Strymisch wegen nun schon vierzehn Jahre zurückliegender Ereignisse fortgesetzt!

## Gas!

Böln, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Aus den alten Lagerbeständen der Bahner Dynamitfabrik sollen große Mengen von Blaukreuz-, Gelbkreuz- und Phosphorungen nicht vor den Toren Bölns in eine Betongrube mit starken Eisenarmierungen eingegraben werden. Es handelt sich insgesamt um 13 000 Kilogramm, die auf Flaschen gefüllt sind. Die Wächter der Dynamitfabrik hat in Böln und Umgebung große Erregung hervorgerufen.



# Bauausstellung noch nicht gesichert!

## Kochmalige Prüfung der Magistratsvorlage.

Ueber die Mitwirkung der Stadt Berlin bei der Durchführung der Bauausstellung Berlin 1930 sollte gestern die Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Sie kam aber noch nicht zum Beschluß, weil einige Parteien noch Bedenken vorbrachten. Für die sozialdemokratische Fraktion wurde vom Stadinerordnungsreferenten Genosse Hoff die Wichtigkeit und Bedeutung des geplanten Werkes in einer großen Rede dargelegt. Das Opfer, das Berlin bringen soll, wird durch die zu erwartenden Vorteile aufgewogen, in erster Linie durch die Förderung der Bauwirtschaft, auch durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Der Widerstand kam von den Kommunisten und den Deutschnationalen. Den Deutschnationalen geht die Sache zu schnell, sie wollen sich Zeit lassen und noch überlegen. Die Kommunisten finden, das Opfer der Stadt sei zu groß, und die Vorteile wegen ihnen nicht schwer genug. Sie wissen wohl selber noch nicht recht, was sie wollen. Die Magistratsvorlage mußte an den Haushaltsausschuß zurückgehen. — Nachher gab es wegen der Kluttat gegen den rechtsgerichteten Referenten Dr. Schaffer in Karlsruhe und wegen des Bedenkens eines allgemeinen Verbotes von Straßendemonstrationen einen Heft- und Schriftkampf zwischen Kommunisten und Deutschnationalen. Die rechtsstehenden Parteien ermunterte unser Genosse Publikus an die von rechts gekommenen Rede.

Am den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, am Abend vor Weihnachten den

### Fünf-Uhr-Geschäftsschluß

zu verfügen, entsponn sich eine kleine Geschäftsordnungsplänkelei. Die Kommunisten hat unsere Unterstützung des Verkaufspersonals nicht schlafen lassen, und so brachten sie einen gleichen Antrag ein, nur mit der Erweiterung, daß an allen Tagen vor Neuen ein früherer Ladenschluß einzuhalten ist. Die Wirtschaftspartei erhob Einspruch gegen die Dringlichkeit, kamen aber nicht durch. Als der Vorsitzende, Genosse Hoff, sofort über unseren Antrag abstimmen lassen wollte (auf eine Beendigung wurde von der sozialdemokratischen Fraktion verzichtet), kriegten es die Kommunisten mit der Angst um ihren Antrag und warfen dem Vorsitzenden „eigenartige Geschäftsführung“ vor. Dieser konnte den Protestern aber sagen, daß gegen ihren Antrag von mehreren Fraktionen Einspruch erhoben sei, er infolgedessen nicht sofort verhandelt werden könne. In der Abstimmung wurde unser Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Um eine im Rudolf-Virchow-Krankenhaus von den Kommunisten verbreitete Subtilität, Befreiungszeitung genannt, konnten sich Deutschnationale und Kommunisten. Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Delaatski meinte, das Blatt sei nicht geeignet, die für das Pflegepersonal nötige Stimmung aufrechtzuerhalten. Der Verbreiter sei noch nicht gefast, die Ermittlungen zu seiner Namhaftmachung gehen aber weiter. Vermutlich ist die Herausgabe des Blattes schon von Patienten wegen. Die Kommunisten Frau Hoffmann-Münster brachte Mißstände, auch solche Mißstände, im Krankenhaus zur Sprache. In seiner Antwort verbreitete sich der Stadtmedizinalrat über die in Ausführung befindliche

### Reorganisation des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, seiner Heilrichtungen und Heilmethoden.

Die entsprechenden Anträge hätten dem Magistrat längst vorgelegen, nur sollte sich eine solche Reorganisation nicht von heute auf morgen durchführen. Viele der von der Parteiführung vorgebrachten Mißstände seien längst geprüft und abgestellt. Im

übrigen dürfte gerade die weibliche Angestelltenchaft versichert sein, bei Angriffen auf ihre persönliche oder familiäre Ehre beim Magistrat den besten Schutz zu finden.

Der Vorlage des Magistrats, an

### Fürsorgeempfänger und Arbeitslose Beliffen

zu zahlen, wurde von der Versammlung zugestimmt. Nach der Vorlage sollen Klein- und Sozialrentner, Bohnhüttenunterstützte, Kriegsheldwittve und -unterbliebene, Reichslandsunterstützte, Arbeitslose 9 M. für sich, 10 M. für die Ehefrau und 3 M. für jedes Kind erhalten. Demonstrationsanträge der Kommunisten wurden abgelehnt. — Der vorbereitende Ausschuß hat der

### „Deutschen Bauausstellung“

in den Grundgeden, die die Magistratsvorlage festlegte, zugestimmt. Er ließ durch den Berichterstatter, Stadinerordneten Schubert (Dem.), bitten, ebenso zu beschließen. Genosse Hoff betonte als Redner unserer Fraktion, daß eine Durchführung der Ausstellung mit dem ursprünglich in Aussicht genommenen „Berein Bauausstellung“ nicht möglich war. Hoff wandte sich gegen Preklausuren, die Berlin anerkennen, es habe kein Interesse an der Ausstellung, weil es den Verein ablehnte.

### Die Sozialdemokraten begrüßen den nunmehr endgültigen Beschluß, die Ausstellung durchzuführen.

Die Bauwirtschaft sei Schlüsselwirtschaft, die bei der Behebung der Wohnungsnot nicht nur selbst beteiligt sei, sondern eine große Zahl anderer Industriezweige. Wir begrüßen die Ausstellung um so mehr, als es gegen die Angebote anderer Städte gelang, sie für Berlin zu behalten. Sie soll zeigen, wie man schnellsten, besten, billigsten, rationellsten Wohnungen gebaut werden können, und deshalb kommt der Ausstellung für Berlin und für das ganze Reich ganz besondere Bedeutung zu. Es soll ein großer friedlicher Wettbewerb zur Hebung der Wohnungsnot werden. Der Mut zur Selbstbehauptung und Fortentwicklung soll der Bauwirtschaft wiedergegeben werden, damit der eingerissene pessimistische Geist, gleichzeitig werden Hoffnungen, neue Arbeit, neues Brot gegeben. Und weil die Bauausstellung darüber hinaus ein Kulturwerk ersten Ranges werden wird, stimmt die sozialdemokratische Fraktion um so freudiger zu. Genosse Hoff stellte gegenüber die riesigen Mittel, die andere Städte für ihre Ausstellungen aufwenden müßten, und die stetige, gute Entwicklung des Reiches der Stadt Berlin. Die städtische Verwaltung hat diesem Amt noch keine Zuschüsse geben brauchen. Alles, was in das Ausstellungs- und Messewesen gesteckt wurde, hat sich reichlich vorfindet. (Bravo! bei den Soz.) Der Deutschnationale v. Jessen sprach von einem wirtschaftlichen Dunkel, in das die Ausstellung tappe, und beantragte Rückverweisung an einen Sonderausschuß. Der Magistrat Schubert stimmte der Ausstellung zu; vom Kommunisten Schwenk erhob man trotz langer Rede keine positive Entscheidung. Für die Wirtschaftspartei lehnte Stadinerordneter Wadich ab, Lange (N.) sprach sich für nachträgliche Ausschüßberatung aus. Auf Antrag Dr. Cohnmann (Soz.) wurde die Vorlage nochmals dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem Stadinerordneter Genosse Geminat, zum Wort gekommen, betont hatte, die Vorlage sei eine der größten, die je der Stadtverwaltung vorgelegen habe.

### Die Bedeutung der Bauausstellung für Berlin und Deutschland sei unbestritten.

deshalb läßt es der Magistrat sehr gern, wenn eine möglichst große Stadtverordnetenmehrheit zustimme. Der Magistrat erklärte sich mit der nachmaligen Ausschüßberatung einverstanden, gebe aber zu bedenken, daß die Ausstellung bereits in 1½ Jahren er-

öffnet werden solle, so daß also jeder Tag kostbar sei. Der Stadinerordneter wandte sich dann gegen unrichtige Behauptungen der Deutschnationalen.

Die Versammlung wandte sich dann der Beratung

### zweiter Dringlichkeitsanträge

zu. Die Deutschnationalen beantragten, der Mutter des in Karlsruhe von politischen Demonstrationen (ein Rotfrontkämpfer) erschossen (sein) erkrankten Referendar Schaffer, Mitglied des Jungdeutschen Ordens, eine angemessene Unterstützung zuzuwenden. Der Erstbore sei der Ernährer der Mutter gewesen. Die Beerdigungskosten soll ebenfalls die Stadt übernehmen. Die Kommunisten wandten sich gegen das beschlossene Verbot aller Demonstrationen. Stadinerordneter Faust (Dnat.) bot um Annahme des Antrages seiner Freunde; Stadinerordneter Lange (Komm.) wandte sich gegen deutschnationale Demagogie und gegen ein Demonstrationsverbot des Polizeipräsidenten. Die Verhaftung des Kommunisten sei kein Beweis für seine Schuld an der Ermordung. Eine Unterstützung der Mutter komme nicht in Frage. Wenn ein Arbeiter falle, so solle er für die Sache der unterdrückten Arbeiterklasse; der Referendar Schaffer sei „für das Rotfrontkämpfer“ gefallen. (?) Für die ermordeten Rotfrontkämpfer Schutz und Kersch beantragte der Redner ebenfalls Unterstützungen. Gegen die Maßnahmen des Polizeipräsidenten erhob er Proteste. Interessant war bei Lange, ebenso wie bei dem folgenden Redner, dem Deutschnationalen Merkel, das Eingeständnis, daß sie nicht auf Annahme ihrer Anträge rechnen. Große Publikus erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß das Mißgeschick der Fraktion immer mit den Opfern politischer Ausschreitungen sei. Wenn die Notwendigkeit gegeben sei, solle der Magistrat mit Unterstützungen eingreifen. Der deutschnationale Antrag ist in der vorliegenden Form für Sozialdemokraten unannehmbar. Genosse Publikus hielt den Deutschnationalen

### die Morde rechtsradikaler Nordbuben an Sozialdemokraten und Republikanern

und politisch Andergefeintem vor. — Eine Ausschüßberatung der Anträge wurde abgelehnt, ebenso die kommunistischen Unterstützungsanträge für Schutz und Kersch. Abgelehnt wurden auch die deutschnationalen Unterstützungsanträge für Schaffer. Der Protest gegen die Maßnahmen des Polizeipräsidenten fand auch keine Mehrheit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Vorlagen über das Wohnungsbauprogramm für 1929 bis 1932 und die Ausgestaltung des Reiches des Wannees dem Haushaltsausschuß, der Anlauf des Guttes Damsdorf dem Grundbüchsausschuß überwiesen.

### Eine Rabenmutter vor Gericht.

#### Die Berufungskammer bestätigt die 1 Monate Gefängnis.

Ein außergewöhnlich schweres Fall von Kindermißhandlung beschäftigte die Große Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge. Angeklagt war die Händlerweibchen Arne mann aus der Frankfurter Allee, die beschuldigt war, ihre zehnjährige vorheilige Tochter in grausamer Weise mißhandelt zu haben.

Nachbarn hatten wiederholt das Rindergeschrei aus der Wohnung gehört und auch beobachtet, daß das Kind häufig blaugelbe Flecke und Wunden im Gesicht und an den Händen hatte. Auf eine Anzeige hin wurde das Mädchen von dem Schularzt untersucht. Obwohl die letzte Mißhandlung schon eine Woche zurücklag, wurden am ganzen Körper, im Gesicht und am Kopf, sowie auch an den Händen des Kindes blaugrüne Flecken und Striemen und Wunden festgestellt. Ein Auge war fast ausgefallen. Das Kind gab oft Schreien an, daß es von der eigenen Mutter dauernd mißhandelt worden sei. Das Schöffengericht hatte die unmoralische Mutter zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen hatte die Frau Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer behauptete sie, das Kind sei immer zu erziehen gewesen. Es habe öfter gelungen und sich gewandert, sich anzusehen und zur Schule

zu trinken! Die Feldflache ist leer, in der ausgehörrten Mundhöhle liegt die Junge wie ein Lederstück. Da streift mich ein Blatt und mit ihm ein Gedanke. Und so reunt mein Gefühl geschlossenen Auges gegen den nächsten Zweig, der es gültig mit Taurotzen überprengt. Dem Hintermann aber schnellert er ins Gesicht, ich höre ein wütendes Schimpfen und suche die nächsten Zweige zu umgeben. Eine Stunde zerrinnt. Sommer nach verharzt in der Waldlücke das Sternbild in seiner Garbe.

... der Anabe ist sehr zuckerbrotreutes Brot, und was er nun macht, ist ein Gedicht. Er schreibt es mit einem Griffel auf die Tafel, die in dieser Schlacht eigentlich den Orange River darstellte. Dies Gedicht lautet:

Da kam der Herr Dewet,  
Das war von ihm ganz nett.  
Er schlug den Engländermann auf den Schnabel,  
Das war von ihm ganz —

Da fehlt der Reim. Auf Schnabel ist nicht gut reimen. Auf Schnabel ist kein Reim möglich.

Doch:  
Das war von ihm (wie die Engländer sagen) sehr miserabel.  
Schön ist es nicht, doch mag es so bleiben. Die Tür geht auf, und der Großvater tritt ins Zimmer. Er rät:  
Das war von ihm ganz respektabel.

Ja natürlich, das war gut, schon weil es der Großvater vorzuschlug. Es geht unbedingt, zerstörte allerdings das Gedicht. Beshalb — das war damals nicht klar...

Ob sie wohl bluten, die Schultern? — Und die Blüten, sitzen sie an den Zehen oder an der Ferse? — Ich bin ein Sklave, mein Leib ist gereinigt und wird dazu erniedrigt, die Gedanken aus sich hinauszuzucken. Sie entweichen, die Gedanken, sie schlafen ein und wiegen sich droben in der endlosen Weisheit, sie reiten auf dem dritten Stern des Bogens, auf der Deichsel als Reiterlein. Und die Lederzunge spielt mit dem Wort Reiterlein und läßt es hüpfen — Reiterlein, läßt es rollen — Reiterlein, im Laft der Stiefel, im Laft der Rockstöße, im Laft des Blutes.

Oh, es gibt etwas Neues: man reunt auf den Vordermann, und der Hintermann tritt einem auf die Hacken. Es geht hüde. Man liegt rechts in den Wald und folgt lautend den anderen, die die Dunkelheit verschluckt hat. Das Licht einer Leuchtenlaterne blüht auf, man sieht ein Raubgeschirr blinken und reunt vor. Das Licht ist aus, man stolpert gegen einen Baum, rafft sich auf und gewinnt den Anschlag.

(Fortsetzung folgt.)

# Soldat Suhren.

## Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spoth Verlag, Berlin.

Endlich erfolgt der Weitermarsch über die Ebene. Wir kommen durch ein Dorf, wo Soldaten uns wassergefüllte Kochgeschirre reichen wollen. Braue aber verbietet es. Nach einer Stunde erscheint abermals ein Dorf, in dem sich das selbe Spiel wiederholen wird. Ich habe mich daran gewöhnt, selbe Spiel wiederholen wird. Ich habe mich daran gewöhnt, selbe Spiel wiederholen wird. Ich habe mich daran gewöhnt, selbe Spiel wiederholen wird.

Es ist im Nu wieder herausgeschwitzt, denn der Marsch geht ohne halt weiter. Einmal sehe ich in ein Haus, wo im Fenster Germanen stehen, kann mir aber nichts dabei denken, denn ich habe nur Gedanken an meine Schultern, denken, denn ich habe nur Gedanken an meine Schultern, denken, denn ich habe nur Gedanken an meine Schultern.

Dann ist die Sonne untergegangen. Wir überschreiten ergeben, von rumpelnden Munitionswagen begleitet, eine Bohlenbrücke und betreten den lichten Wald, über dem die Abendwolken ein weiches Gold zeigen. Hier wird ge- raustet. In der rasch einfallenden Dunkelheit teilt sich jede Gruppe in die fröhliche Arbeit des Kaffeekochens. Vier Mann h'en Holz, zwei schöpfen braunes Wasser an der Brücke, zwei bauen eine Feuerstelle und entfachen die Flamme. Der Kaffee, aus österreichischer Offenz hergestellt, ist vorzüglich. Einer versteigt sich dazu, ihn als Grog zu bezeichnen.

Die Nacht ist da, wieder wird angetreten, und wieder trappeln unsere Schritte dahin. Wir verlassen das Waldstück, müssen mehrmals über leere Schützengräben hüpfen und setzen dann aus den abgeblendenen Fackeln einer und setzen dann aus den abgeblendenen Fackeln einer und setzen dann aus den abgeblendenen Fackeln einer.

Decke und Mantel aus und sind zufrieden. Da ich noch Hunger habe, ziehe ich eine längliche Dose mit Döberlingen heraus, die man an der Seite aufdrehen kann. Albring und ich verpeffen einen Fisch und kauen, trotzdem es verboten ist, von den kleinen Zwiebacks der eisernen Ration dazu. Es ist ganz windstill über dem weiten Land, manche schwarzen schon. Es muß aber ein Mißverständnis gewesen sein mit dem Hinlegen, denn plötzlich wird wieder „Antreten“ befohlen. Die Zwiebacks fallen mir ins Stroh, ich muß sie im Stroh lassen, aber die Heringsbüchse ist nur an der Seite geöffnet, so daß sie in der Ration verstaubt werden kann. Im Augenblick sieht die Kompanie von neuem zum Abmarsch bereit, 11 Uhr nachts.

Marsch! Lange Zeit streifen die Stiefel gegen Schilfhälme, die einen Wasserlauf umflämen mögen. Plötzlich kniet alles — eine Beuchflugel ist emporgeschossen. Sie schwebt einen Augenblick großartig in der halben Höhe des Himmels und blendet die Ebene mit ihrem scharfen Licht. Alle Helme sind gereigt, niemand bläst in den feindlichen schönen Stern, der sich langsam senkt und dann niederfällt. Noch sind die Helmschilde scharf umrissen — dann schlägt über alles die schwarzflamende Finsternis zusammen. Die Soldaten stehen auf. Dies ist ein falscher Weg, der Rückmarsch wird befohlen.

Nachdem wir zum zweitenmal von den Scheunen abmarschiert sind, überschreiten wir eine mächtige Brücke, deren dröhnende Bohlen uns das Vertrauen geben, auf dem rechten Wege zu sein.

Hinter der Brücke erheben sich schwarze Baummassen. Die Kolonne verfolgt eine Schneise, die den ganzen Wald bis zur Erde zu spalten scheint, und in der die sieben Sterne des großen Bogens funkeln. Das ist ein guter Weg, um zu seinen Gedanken zurückzukehren. Ich will den Tornister und seine Riemen vergessen, meine Beine bewegen sich im Laft, ich erinnere mich kaum, sie zu kennen. Meine Sohlen haben jetzt vielleicht schon Blüten. Die Beine laufen wie zwei Eis.

... ach, aber die Schiffslanone, die plötzlich auf den Finnen einer Holzburg auftaucht, und die mit kleinen grünen Erbsen geladen war! Konnte Dewet damit rechnen? —

Sie schoß und richtete wahre Verheerungen unter den eben erst aufstehenden Buren an. eDrumler fällt. Die Fahne fällt. Zur Abwechslung fällt auch der General, aber er ist nur verwundet und läßt die Schlacht abbrechen. Der Knabe Suhren greift zu seinem Butterbrot, es ist Zucker darauf, und er bricht davon ab...



zu gehen. Der Vorsitzende hielt der Angeklagten entgegen, daß derartige Verletzungen von Kindern doch noch lange keinen Anlaß zu derartigen schweren Mißhandlungen böien. Ueberdies wird das Kind, das sich jetzt in öffentlicher Pflege befindet, als durchaus gutartig bezeichnet. Als das kleine Mädchen vor Gericht befragt werden sollte, ob es oft geschlagen worden sei, brach es in Weinen und Schreien aus und man mußte von einer weiteren Vernehmung Abstand nehmen. Die Strafkammer kam zu der Überzeugung, daß bei dem grausamen Verhalten der Mutter ihrem eigenen Kinde gegenüber die gegen die Angeklagte verhängte Strafe von sieben Monaten Gefängnis keineswegs zu hoch sei. Die Berufung der Angeklagten wurde daher auf deren Kosten verworfen.

## Alles um die Liebe.

### Brandstiftung und Meineidselbstbezüglichung.

Vor einer schwierigen Entscheidung stand das Schwurgericht III, das gegen einen Former J. und die Näherin H. zu verhandeln hatte, gegen ersteren wegen Meineides und versuchter Brandstiftung, gegen die Frau wegen Anstiftung zum Meineide.

Als der Ehemann der Näherin weder seinen Ernährungsverpflichtungen, noch seinen ehelichen Pflichten nachkam, verließ die Frau den Mann, strengte eine Ehescheidungsklage an und leugnet jede eheliche Untreue. Auch ihr gemeinsamer Freund schwört, nicht mit ihr Ehebruch getrieben zu haben. Dieser Eid, der ein Meineid gewesen sein soll, stand nun zur Verhandlung. Außerdem noch eine Brandstiftung, mit der es sich wie folgt verhält:

Der gemeinsame Freund des Ehepaars H. blieb nach der Trennung von Mann und Frau Freund der Frau. Sie besuchte seine Mutter, er besuchte sie. Als sie ein Stück Land zu einem Laubengang erwerben wollte, erklärte sie, sie sei mit dem Freund verheiratet, obgleich er in Wirklichkeit anderweitig verheiratet war. Mit einem Worte: man lebte miteinander friedlich. Alles ging gut. Dann entstand aber Streit. Die Frau verließ eines Tages mit ihren Kindern die Laube, der „Freund“ holte sie zurück, bis der Streit endgültig war. Das konnte der brave Former nicht verschmerzen. Er begann zu trinken, und am 8. Juni hatte er nach reichlichem Alkoholgenuss nichts Geheiltes zu tun, als Feuer in die Laube zu legen, in der Frau H. und ihre beiden Kinder schliefen. Der 14jährige Junge der Frau H. merkte es und löschte das Feuer. Es wurde Anzeige erstattet, und nun erklärte der Angeklagte, daß er im Ehescheidungsprozeß, von Frau H. angestiftet, einen Meineid geleistet habe. Zwei Jahre lang habe er mit ihr geschlechtlich verkehrt. Weil sie ihn jetzt links liegen gelassen habe und ihm mit einem anderen untreu geworden sei, habe er, um sich zu rächen, das Feuer angelegt. Den Tod der Frau habe er nicht gewollt, nur die Liebe sollte niederbrennen.

Frau H. leugnete nach wie vor, mit dem Former ein intimes Verhältnis gehabt zu haben. Aus Freundschaft habe er ihr die Laube bauen gelassen und ihr den größten Teil seines Verdienstes abgeteilt. Es sei nicht wahr, daß er bei ihr Nacht für Nacht in der Laube geschlafen habe. Zur Eifersucht habe er gar keinen Grund gehabt, und den Brand habe er angelegt, weil sie ihm nicht zu Willen gewesen war. Es sei auch nicht wahr, daß sie ihn angestiftet habe, einen Meineid zu leisten.

So standen sich die Aussagen auch gestern bei der Gerichtsverhandlung gegenüber. Das Gericht schenkte der Selbstbezüglichung des Brandstifters keinen Glauben und sprach ihn von der Anklage des Meineides und die Frau von der Anklage der Anstiftung zum Meineide frei. Es verurteilte aber den Angeklagten wegen Brandstiftung in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu acht Monaten Zuchthaus. Die Strafe wurde in ein Jahr Gefängnis umgewandelt.

## Der Messerstecher wieder da!

### 500 Mark Belohnung auf seine Ergreifung.

Ein gefährlicher Inhold treibt schon seit langer Zeit im Süden und Südosten Groß-Berlins, besonders in Neukölln und Treptow sein Unwesen. Er hat wiederholt jungen Mädchen, kleinen und auch größeren, erhebliche Stiche zugebracht. Der Verbrecher treibt sich meistens in unbelebten Straßen umher, schlängelt sich mit seinem Rad an die Opfer heran und verschwindet immer gleich nach der Tat. Seit ungefähr einem Jahr hatte man nichts mehr von ihm gehört. Jetzt tauchte er plötzlich wieder auf. In der Krullstraße machte er sich an ein junges Mädchen, das sich auf dem Heimwege befand, unbemerkt heran, folgte ihm ein Weibchen und versetzte ihm plötzlich einen Stich, der durch die dicke Winterkleidung drang, tief in das Gesicht ging und eine stark blutende Verletzung hervorrief. Wie immer verschwand er dann auf seinem Rade. Das Mädchen mußte in ärztliche Behandlung genommen werden. Der Inhold ist etwa 40 bis 50 Jahre alt und macht dem Neuhöher nach einen einfachen Gendarm. Er ist mittelgroß, hat einen dunklen gestüpften Schnurrbart und trägt dunkelgrüne Zoppe, graue Knöchel, graugrüne Stutzen und schwarze Schuhe. Auf dem Rücken hatte er einen grauen Rucksack. Sein Rad hat eine nicht gebogene Lenkstange. Mitteilungen sind an die Dienststelle F. 1 im Zimmer 330a und 326 im Polizeipräsidium, Hausnummer 452 und 460 und an alle Polizeikreviere zu richten. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt, die ausschließlich für das Publikum bestimmt ist.

## Zwei Brüder vom Auto überfahren.

Am Donnerstagmorgen gegen 6 Uhr wurden die beiden Schüler Berthold und Alions Peufert aus der Laubentalkolonie Oberpreze (zwischen Köpenick und Niederhörnweide), Parzelle 43, auf dem Wege von ihrer Wohnung von einer Kraftdroschke überfahren. Die beiden Schüler wurden zu Boden geworfen und so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus Köpenick gebracht werden mußten. Der eine von den Verunglückten hatte eine Gehirnerschütterung, der andere eine Rippenverletzung davongetragen.

# Glück und Ende eines Konfessionseinbrechers

## Abenteuerliche Flucht. — Beim Sektgelage. — Seltsames Versteck.

Zu den größten Konfessionseinbrechern Berlins, besonders der Pelzeinbrecher, gehört ein früherer Kaufmann Roman Przejadka, der der Kriminalpolizei schon viel zu schaffen gemacht hat. Jetzt ist es dem Kriminalkommissar Braschwich und seinen Beamten gelungen, den in zweifacher Beziehung gefährlichen Menschen bei einem Sektgelage in Lichtenberg abzufangen und in Gewahrsam zu bringen. Wie seinerzeit die Flucht Przejadkas, vollzog sich auch seine Festnahme unter geradezu abenteuerlichen und zum Teil grotesken Umständen; sie ist ein Bravourstück unserer Kriminalpolizei.

Der Verbrecher war am 3. September festgenommen und nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Auf einem Kirchgang traf er wieder mit einem gewissen Hollet zusammen, mit dem er früher schon gemeinsam gearbeitet hatte. Die beiden erreichten es, daß sie in eine gemeinsame Zelle gesetzt wurden. Am 4. November gelang es ihnen unter sensationellen Umständen zu entkommen.

Przejadka hatte sich, wie er behauptet, für zwei Pakete Tabak eine Stahlsäge beschafft. Mit ihr zerstörten die beiden die Vergitterung des Zellenfensters.

### Aus den Decken und Balken drehten sie einen Strich

Zurecht, mit dem sie sich aus dem 4. Stock herunterließen. Auf dem Hofe banden sie an dieses Seil zwei Bibliothekbücher und eine 1 Meter lange Scheuerleiste, die sie herausgehoben und mitgenommen hatten und warfen diese schweren Sachen über die hohe Mauer, so daß sie sich an der anderen Seite festgingen. Przejadka kletterte dann an dem Seil empor und entkam über die Mauer. Als Hollet ihm folgen wollte, riß das Seil. Dieser Vorgang spielte sich um 3 1/2 Uhr abends ab, als die Hunde noch nicht auf den Hof gelassen waren. Eine Viertelstunde später kamen die Hunde. Hollet wurde festgenommen, Przejadka aber war verschwunden. Sofort leiteten die großen Pelzeinbrüche wieder ein.

Kriminalkommissar Braschwich war überzeugt, daß das einzige Mittel, ihnen Einhalt zu tun, darin bestand, den Entsprungenen wieder zu erwischen. Przejadka hatte ohne Zweifel eine neue Bande gebildet, die hier an der Arbeit war. Tage- und nächtelange war der Kommissar mit seinen Beamten unterwegs, um den gefährlichen Verbrecher zu ermitteln. Gestern abend wurde er endlich in der Gegend von Neukölln aufgespürt. Man nahm ihn nicht gleich fest, folgte ihm vielmehr heimlich in der Hoffnung, auch sein Versteck zu entdecken. Der Versteck begab sich in das Haus Blumenhalsstraße 26 zu Lichtenberg, wo eine ihm bekannte Familie wohnt. Kriminalkommissar Braschwich und seine Beamten beobach-

ten bis 11 Uhr in der Nacht, dann klopfte sie bei der Familie an. Als eine Frau öffnete, drangen sie gleich mit gezogenen Pistolen unter dem Rufe Hände hoch in die Dreizimmerwohnung ein.

In einem Hinterzimmer saßen sechs Männer und sieben Frauen vor vollen Sektgläsern

am Tisch. Sie waren gerade im Begriff, ein hoch auf ein Geburtstagskind, ein Mitglied der Familie auszubringen, als die Feier plötzlich und unangenehm gestört wurde. Die Männer waren keineswegs geneigt, die Hände hochzuheben. Die Frauen schrien laut durcheinander. Eine von ihnen hatte ein vierjähriges Kind auf dem Arm, das erbärmlich jammerte und auslief, als ob es Krämpfe bekäme. Das war eine Finte. Die Beamten sollten milde gestimmt werden. Sie ließen sich aber nicht täuschen, weil sie sahen, daß die Frau das Kind hartgefaßt ins Gesicht kniff und so zu dem Schreien veranlaßte. In der Gesellschaft befand sich auch Erich Przejadka, ein Bruder Roman Przejadkas, der nur ein Jahr jünger ist und Roman so ähnlich sieht, doch nur die Familienmitglieder die beiden auseinanderhalten können. Diesen Erich rief der Wohnungsinhaber mit „Roman“ an, um in den Beamten den Glauben zu erwecken, daß sie den von ihnen verfolgten Verbrecher gefaßt hätten. Aber auch diesen Erich durchschauten die Beamten. Weil Roman wirklich noch nicht inhaft war, so beobachteten sie draußen das Haus, während ein Teil von ihnen die Geburtstagsgäste bewachte, bis sie abgeführt wurden. Nach einer halben Stunde sah die Beamten von ihren Verstecken aus, wie ein Mann ohne Mantel und Kopfbedeckung aus dem Hause herauskam, sich sehr umschah und auf eine Autodroische zulief. Ein Beamter trat ihm in den Weg und setzte ihm die Pistole auf die Brust. Es war Roman, der sich, wie er sagt, in der Wohnung

unter den Köden von zwei diesen Frauen vor den Augen der Beamten verborgen gehalten

hatte und jetzt zu entfliehen gedachte. Resigniert sagte er, „Jetzt ist es passiert“, nahm die Hände hoch und ließ sich fesseln. Aus seinen beiden Brusttaschen nahmen die Beamten je einen scharf geladenen Revolver heraus. Seine Brieftasche enthielt über 1000 Mark bares Geld. In der Wohnung fand man noch einen wertvollen Pelz, den der Verhaftete bei einem Einbruch erbeutet hat und den er dem Geburtstagskinde schenken wollte.

Kriminalkommissar Braschwich und die Beamten der Dienststelle B. 5 haben nun noch die große Arbeit vor sich, dem Verbrecher alle die Einbrüche, bei denen er beteiligt war, nachzuweisen. Sein Bruder Erich wurde ebenfalls festgenommen, weil er am 5. d. M. bei einem Einbruch in der Frankfurter Allee mitgewirkt hat. Hier fielen der Bande für 25 000 Mark Pelze in die Hände.

## Der Mordprozeß in Brandenburg.

### Entscheidung des Mörders vor dem Bild des Opfers.

Brandenburg, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu dem Mordprozeß in Brandenburg ist auch heute der Andrang äußerst stark. Beim Zeugenauftrag meldeten sich über 30 Personen. Um 2 1/2 Uhr nachmittags trafen die Prozeßbeteiligten mit dem Angeklagten Willi Schmidt am Tatort Plauer Straße 8 ein wo sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt hatte.

Im Pastoraterraum, einem dunklen Zimmer, sah man nach an dem einen Peller einige Blutspuren. Willi Schmidt demonstrierte dann die Vorgänge, wie sie sich nach seinem Eintritt in die Brauerei zugetragen haben. Auch am Tatort zeigte der Angeklagte keinerlei Reue. Er tat vollständig unberührt. Er befasste Erich Schmidt ebenso wie am Tage vorher. Um 3/4 Uhr nachmittags traf das Gericht wieder im Gerichtssaal ein. Die Arbeiter der Brauerei schildern den Mörder Erich Schmidt als fleißigen und gewandten Arbeiter. Von einer geistigen Störung hatte keiner der Zeugen etwas gemerkt. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß sowohl Willi Schmidt als auch Erich Schmidt einem üblen Freundeskreise angehörten. Die häuslichen Verhältnisse waren derart schlecht, daß die jungen Leute keinerlei stillen Halt hatten. Als die Bilder des Ermordeten dem Angeklagten Willi Sch. vorgelegt wurden, wehrte er mit den Worten ab: „Ich will nicht, ich will nicht, nehmen Sie fort!“ Kriminalkommissar Poggenklas Brandenburg bezeichnete den Angeklagten als Dämon des Erich Schmidt, der Willis Werkzeug war und auch die Diebesgelder verwaltet hat. Vor der Tat trug Willi den Dolch im Gürtel, dann gab er Erich die Waffe mit den Worten: „Gleich in den Rücken, damit Freund dank unklippt!“ Willi stand Schmiere auf der Straße, und nach der Tat beleuchtete er die Leiche und sagte zu Erich: „Gib ihm noch etwas in die Schläfe.“ Das tat Erich denn auch. Heute Freitag nachmittag soll die Vernehmung des gestrichelten Erich Schmidt erfolgen.

## Die Explosion in Falkensee.

### Zwei Arbeiter sollen Schuld haben.

Das schwere Explosionsunglück, bei dem in den Hempelschen Eisenwerken in Falkensee 24 Arbeiter zu Schaden kamen, wurde am Donnerstag von Kriminalkommissar Bunge vom Landeskriminalganz Berlin im Verein mit Vertretern der Staatsanwaltschaft und des Branddegnerns sowie mehreren Sachverständigen an Ort und Stelle untersucht, besonders auch in bezug auf seine Ursache.

Es handelt sich um eine Ammonitalexpllosion. Die Einrichtung eines großen Ammonitalexploders, der zum Betrieb von autonomen Schweißereien dient, wurde erneuert und ausgedessert und zum Teil abgestellt. Zu diesem Betriebe gehören noch mehrere soge-

nannte Einrichtessel, das sind kleinere Kessel. Einer davon, der in einem Nebenraume liegt, sollte zu Schweißarbeiten benutzt werden und wurde angestellt. Die Zuleitungsrohre führen durch den Frühstückssaal in einen anderen Raum, in dem geschweißt wurde. Auf diesem Wege strömte Ammoniak aus, nach den Feststellungen 25 Minuten lang. Die ausgeströmte Menge drang in den anderen Raum ein und entzündete sich hier an einem glühenden Ofen. So entstand die Explosion. Es liegt eine Fahrlässigkeit vor, für die zwei Arbeiter verantwortlich sind. In den Zuleitungen waren die Verbindungen gelockert. Die beiden Arbeiter hätten nachsehen müssen, ob die Zuleitung vollständig abgedichtet war, bevor sie den Einrichtessel in Betrieb setzten. Das haben sie versäumt. Von den vierzehn 24 Arbeitern, die zum Teil im Arantenhause liegen, schwebt keiner mehr in Lebensgefahr.

## Schnee und Matsch.

### Vorübergehende Erwärmung, dann wieder Frost.

Das erwartete Tauwetter ist in der Donnerstagnacht eingetreten. Gegen Mitternacht setzte stärkerer Schneefall ein und die Temperatur stieg auf über null Grad. Während die Außenbezirke sich noch im Winterschnee darboten, verwandelte sich der Schnee in der City bei Einsetzen des Frühverkehrs bald in den bekannten Berliner Matsch. Noch um 10 Uhr vormittags war von einer Reibungsaktion der städtischen Straßenreinigung wenig zu merken. Besonders der Fußgängerverkehr war in den Vormittagsstunden kein Vergnügen, die weichen Schneemassen stauten sich an den Bordsteinen und machten ein Uberschreiten der Fahrdämme fast unmöglich.

Wie wir erfahren, sind durch den Schneefall weder im Straßenbahn- noch in Stadtbahn- und Vorortverkehr nennenswerte Störungen eingetreten. Im Fernverkehr dagegen haben mehrere D-Züge infolge starken Schneefalles erhebliche Verspätungen erlitten.

Das augenblickliche geringe Ansteigen der Temperatur wird, wie der Wetterdienst sagt, nur von kurzer Dauer sein. Es ist mit neuem Frost zu rechnen, die ersten Anzeichen dafür sind bereits vorhanden. Man glaubt, daß heute und morgen bei stärkerem Schneefällen die Quecksilbersäule um 0 Grad schwanken wird. Es ist wahrscheinlich, daß schon von Sonnabend an kalte Luftzufuhren aus dem Norden, aus Skandinavien, allmählich zur Ausbildung eines Hochdruckgebiets über ganz Deutschland führen werden. Die Schneefälle werden ganz aufhören, die Temperaturen dagegen erheblich sinken.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachd. v. H.). West trocken mit einzelnen Schneefällen. Temperatur mit Maß. — Für Deutschland: Im Nordwesten mehr trocken und zeitweise aufhellend, im Südosten noch verbreitete Schneefälle. Temperaturen allgemein in der Nähe des Gefrierpunktes.

# Osram - Christbaum - Kerzen

in anschlussfertigen Ketten.

Keine Brandgefahr, kein Abtropfen. stimmungsvoll, ästhetisch

# OSRAM





# Kleine Vorlagen im Reichstag.

## Besteuerung der „Toten Hand“. — Novelle zur Unfallversicherung. — Die Arbeitslosenversicherung der Saisonarbeiter.

Der Reichstag nahm Donnerstag nachmittag zunächst den Ausschussbericht über die Anträge betr. die Kotlage der Winger entgegen.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich: Die Reichsregierung ist bereit, den Rückzahlungstermin für die Rotstandsborchen an die Winger bis zum Oktober 1929 hinauszuschieben. Die Winger müssen sich aber auf diese spätere Rückzahlung begeben. Die Zahlungstermine werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Es folgt der vom Ausschuss beantragte Gesetzentwurf über die Stenerhebung der Veranlagung der „Toten Hand“ (Kirche) der Grunderwerbsteuer.

### Abg. Reil (Soz.):

Äußere Stempelgebühren, so das bayerische, forderten bei jedem Besitzwechsel eine feste Gebühr. Dem schloß sich das Reichsgesetz von 1916 im wesentlichen an. Dabei genog der gebundene, also auch der Kirchenbesitz, eine Sonderbehandlung durch eine sogenannte Erlaßabgabe, und zwar rechtfertigte man das damit, daß der gebundene Besitz nur selten entgeltlich veräußert werde und dabei von der Wertzumachsteuer freibleiben könnte. Schon bei der Ausschussberatung von 1919 sind dagegen Bedenken erhoben, aber vom Regierungsvertreter, dem jetzigen Staatssekretär Poppi, mit sehr einflussreichen Gründen widerlegt worden. (Der Redner zitiert ausführlich diese Verhandlungen.) Der damalige Finanzminister Erzberger hat die Besteuerung durchaus gebilligt und hatte die Absicht, sie zu vereinheitlichen.

Auf das entschiedenste wendete sich Erzberger gegen die Streichung der Steuer, die heute die Deutschnationalen mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei unter Führung der Demokraten verlangen.

Dabei ist das Gesetz von 1919 unter der Verantwortung des Staatssekretärs Derenburg vorbereitet worden. Nach dem Gesetz wird die Abgabe erhoben auf Grund des gemeinen Wertes, der ist aber heute sehr schwer zu ermitteln, zumal es sich um Besitzer handelt, die seinerzeit den Mehrbetrag nicht zu zahlen brauchten. Ein großes Interesse an dieser Steuer haben die Gemeinden. Es kann nur eine kurzfristige Auslegung in Frage kommen. Einer fristlosen Auslegung haben wir auf das entschiedenste widersprochen. Der vorliegende Gesetzentwurf setzt als äußersten Termin für die anderweitige Regelung den Jahresbeginn 1931 fest, im anderen Fall treten die alten Vorschriften wieder in Kraft. In seiner Entschiedenheit fordert der Ausschuss, daß diese Vorschläge bis Ende April 1930 vorliegen. Da für eine andere Beschlußfassung eine Mehrheit nicht vorhanden ist, stellen wir keine Anträge im Plenum und stimmen Änderungsanträgen zur Ausschussvorlage nicht zu. (Hört, hört! bei den Komm.) Eine so große Partei wie die unsere muß gelegentlich auch Zugeständnisse machen. Handelt es sich um die Würde der Deutschnationalen, so werden wir den Antrag angenommen und die Steuer ganz gestrichen werden. Eine Partei, die keine Verantwortung trägt und sich lediglich der Agitation widmen kann, ist in der Lage, so vorzugehen. Eine Partei aber, die das Vertrauen eines Pruzes des deutschen Volkes hat (Widerspruch bei den Komm.), muß so handeln, daß das Ergebnis ihrer Absichten nicht widerspricht.

Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie nicht bis Ende April 1930 warten wird, sondern frühzeitig Vorschläge für die Neuregelung einer Steuer machen wird.

Wir erwarten, daß die Regierung dabei grundsätzlich an dem geltenden Steuerrecht festhält, da es noch ebenfalls berechtigt ist wie 1919. Diese Steuer ist keine Vermögenssteuer, sondern eine Erlaßabgabe für die Grunderwerbabgabe aus einem bestimmten Grundbesitz. Wäre es eine Vermögenssteuer, so hätten die Länder ihrer Einführung durch das Reich nicht zugestimmt. Wir erwarten von der Regierung also, daß sie an den jetzigen Grundbesitz festhält, zumal diese Steuer einen überaus leistungsfähigen Personenkreis trifft, und wir erwarten weiter, daß die neuen Vorschläge so rasch wie möglich gemacht werden, damit die Steuer ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Dr. Kademacher (Dnat.)

beantragt, die Steuer ganz zu beseitigen, da sie eine Sondervermögensteuer sei, die nicht in das Grunderwerbsteuergesetz gehöre, das doch nur einen Umsatz besteuern wolle. Im Ausschuss habe die Regierung selbst zugegeben, daß die Steuer in der bestehenden Form gar nicht durchführbar sei. Die Fideikommissionen seien durch die Reichsregierung zum Tode verurteilt. Die Kirchen bedürften der Hilfe des Staates; die Besteuerung ihres Grundbesitzes sei unpraktisch. Bei den Aktiengesellschaften schließlich werde zwar meist der Grundbesitz selbst im allgemeinen nicht umgelegt, dafür aber die Aktien, die erhebliche Summen an Wertschwundsteuer einbringen. Die Steuerlast sei an sich schon groß genug: Vermögenssteuer, Realsteuer, Rentenbankzinsen, Hauszinssteuer, Industriebelastung usw. Wo sollten die Aktiengesellschaften nun noch diese am 1. Januar 1929 fällige Sondersteuer hernehmen? Die Ausschussvorlage sei eine Kompromißgeburt; sie gebe den Aktiengesellschaften keine Sicherheit, sie könnten ihre Bilanzen nicht aufstellen. Die Verhältnisse seien soweit geklärt, daß die Steuer ganz fortzufallen könne.

### Abg. Dr. Jöhr (Z.)

erklärt sich mit der Zurückweisung an den Ausschuss einverstanden, wenn gleichzeitig ein älterer Antrag der Zentrumsfraktion mit überwiesenen werde. Dieser Antrag verlangt Befreiung von der Grunderwerbsteuer im Falle der Anliegerbildung und der Grundstücksübertragung zum Zwecke des Kleinwohnungsbaues. Eine Korrektur der Sonderbesteuerung der Toten Hand erscheine notwendig. Der Redner tritt deshalb für die Ausschussvorlage ein, wenn er auch ihren Kompromißcharakter zugibt. Selbst die Kommunisten hätten eine Neuregelung für notwendig erklärt. (Abg. Hölein (Komm.): Wir wollen aber nicht zwei Jahre damit warten, wie Ihr!) Diese Frist ist ja nur die Höchstgrenze. Pflicht der Regierung ist es, uns in einer neuen Vorlage die Vorschläge sobald wie möglich zu machen.

Abg. Hölein (Komm.): Was hier heute ertönt, ist das Grabgelächter für den letzten Rest der Erzbergerischen Steuerleggebung. Durch das Kompromiß ist „die Kap nicht gerettet“. Wenn der Reichstag mit 700 Millionen Defizit abschließt, darf man auf keine Steuer verzichten, die schon da ist, erst recht nicht auf eine, die einen solchen Personenkreis trifft.

Abg. Schneider (Dem.): Diese Steuer war bereits mit erheblichen Summen in viele Gemeindehaushaltspläne eingestellt. Wir sind aber mit dem Ausschuss einverstanden, damit eine gründliche Prüfung erfolgen kann. Die Stadt Berlin hat nicht, wie Abg. Hölein behauptet, mit 22 Millionen aus dieser Steuer gedeckelt, sondern mit 18 Millionen. (Abg. Hölein: Und die wollen Sie verschonen!) Wir stimmen für die Vorlage.

### Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Sp.):

Die Sozialdemokraten sollten bedenken, daß seit 1919 das ganze Steuerregime sich von Grund auf geändert hat. Damals hatten wir noch keine Vermögenssteuer usw. 1919 gingen die Demokraten mit uns, als wir trotz schwerer Bedenken dem Gesetz zustimmten. Uns wäre es am liebsten, wenn man die Bestimmung ganz beseitigte, aber dafür ist hier keine Stimmung. Deshalb ist die vorgeschlagene Auslegung das Beste. In dem Berliner Willkürdenotat spielen die 18 Millionen fast gar keine Rolle; die Gemeinden könnten anderswo bedeutend mehr sparen.

Abg. v. Söbel (Agrar. Bauernp.): Einnahmen aus dieser Steuer verließen Gemeinden zu hohen einmaligen Ausgaben, und die Erhaltung dieser Einrichtungen bedeutet nachher eine dauernde Belastung. In dieser schweren Zeit dürfen die Gemeindehaushalte nicht immer noch ausgedehnt werden. Die periodische Grunderwerbsteuer sollte verschwinden.

Die private Siedlung, die beste von allen, wird durch diese Steuer gehindert. Sogar die aus Rußland verlagten deutschen Ansiedler müssen diese Steuer zahlen, wenn sie hier wieder Bauern werden.

Das Gesetz wird unverändert in zweiter Beratung angenommen. Kommunistische Gegenanträge werden dem Ausschuss zugewiesen. Der sofortigen dritten Beratung widerspricht Abg. Hölein (Komm.), sie erfolgt morgen. Kommunistische Anträge

zur Entschlieung werden abgelehnt, die Entschlieung selbst wird angenommen.

### Das Rechtsverhältnis der Bariststandsbeamten.

Der Haushaltsausschuss beantragt, die Reichsregierung zu erlauben, unvörlglich einen Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Bariststandsbeamten vorzulegen und im Benehmen mit den Ländern im verstärkten Maße für die Wiederbeschäftigung der Bariststandsbeamten zu sorgen.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Dr. Feil (Natsoz.), Gollheimer (Dnat.), Torgler (Komm.) und Lufe (Wirtschp.) wird der Ausschussantrag angenommen.

### Rechtsanwaltsgebühren in Armenrechtsachen.

In der zweiten Beratung des Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armenrechtsachen spricht

Abg. Marum (Soz.): Es handelt sich heute nicht um die freilich sehr notwendige Reform der Gebührenordnung. Aber es erscheint uns unangebracht, daß Prozesse der Reichen anders geführt werden sollen als Prozesse der Armen. Der Anwaltsberuf gehört heute zu den notleidenden. Die Anwaltsgebühren im Armenrecht bleiben auch nach der Neuordnung noch erheblich zurück hinter den allgemeinen Gebühren. Wir stimmen der Vorlage zu.

Abg. Dr. Feil (Nat. Soz.) nimmt den vom Ausschuss abgelehnten Antrag des Reichsrats wieder auf, wonach die den Ländern durch die Gebührenerhöhung entstandenen Kosten vom Reiche erlegt werden.

Abg. Dr. Coerling (Dnat.) lehnt diesen Antrag ab, weil er der Meinung ist, daß die vom Ausschuss vorgelegte Entschlieung genüge, wonach beim nächsten Finanzausgleich die Kosten den Ländern erlegt werden sollen.

Abg. Kling (Dl. Bauernp.) tritt für den Reichsratsantrag ein. Der Reichsratsantrag wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Deutschen Bauernpartei abgelehnt, die Vorlage selbst in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausschussentschlieung.

### Verabschiedung der Unfallversicherungs-Novelle.

Bei der dann folgenden dritten Beratung der 3. Novelle zur Unfallversicherung erklärt

Abg. Gomborfer (Dl. Bauernp.), der Entwurf bringe große Härten für die Bauern; er lehne ihn deshalb ab.

Abg. Gof (Dnat.) beantragt, kaufmännisches Personal nur dann mitzuversichern, wenn die kaufmännische Abteilung zu dem verläßlichen Betrieb „in einem dem Zweck entsprechenden, eine Betriebsunfallgefahr bedingenden örtlichen Verhältnis steht“.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Dem deutschnationalen Verschlechtsungsversuch muß man entschieden entgegenreten. Das Gesetz bringt nur eine ganze geringe Verbesserung, indem es bloß diejenigen Angestellten versicherungspflichtig macht, die direkt im Betriebe tätig sind. Selbst dieses Wenige wollen die Deutschnationalen streichen. Seitdem die Deutschnationalen aus dem Sozialen Ausschuss alle Sozialpolitiker zurückgezogen, Herrn Lambach durch Herrn Gof ersetzt haben, wenden sie sich gegen jede Sozialpolitik. Die Angelegten aber, die am 20. Mai d. J. nach deutschnational gewählt haben, werden nun erkennen, wie sie hier vertreten werden (Beifall bei den Soz., Unruhe rechts).

Der deutschnationale Verschlechtsungsantrag wird abgelehnt, das Gesetz in der Ausschussfassung endgültig angenommen.

### Berufsübliche Arbeitslosigkeit.

Es folgt das Gesetz über die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit.

Abg. Domsch (Dnat.): Wenn auch die Sonderarbeitslosenversicherung reformbedürftig ist, so glauben wir doch nicht, daß diese Vorlage genügt, um die dauernde Unglückseligkeit zu beseitigen. Der Ausschuss hat nur mit einer Stimme Mehrheit für die Vorlage entschieden. Der Löwenanteil an der Unterstützung wird auf das Reich überwälzt. Durch die leicht zu erhaltende Unterstützung fällt der Anreiz weg, Arbeit anzunehmen. Wir halten es für richtig, das Gesamteinkommen des betreffenden Arbeitslosen im vergangenen Jahr der Rentenebemessung zugrunde zu legen; die Aussicht, unter Umständen in eine höhere Unterstützungsklasse zu kommen, würde die Leute veranlassen, durch eifrigere Arbeit ein höheres Einkommen zu erzielen.

### Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.):

Wir haben uns nur sehr schwer entschließen können, im Ausschuss dem Regierungsentwurf zuzustimmen. Am 1. Dezember 1927 hatte der Reichshaushalt einen Fond von 178 Millionen Mark, er ist in einem Jahr auf 97 Millionen zusammengeschmolzen, und an der

# GROSSER WEIHNACHTS-VERKAUF

MITTER, LASST PURE KINDER IN DER N.J.-KINDERSTUBE SPIELEN, UM UNGESTÖRT ZU KAUFEN

**Puppenwagen 19.90**  
moderne hohe Form

<b>Rodelschlitten</b>	Suche geht wie Abbildung		
78 cm	85 cm	108 cm	116 cm
4.10	6.-	6.90	8.50

**Wiener Rodel-Garnitur 16.50**  
Balmwolle, best., 3 teilig wie Abbild. Stütz. 1.70 für 1. bis 2 Jahre

**NEUHEIT!**  
**CAPE-TEPPICH**  
D.R.G.M.

Cape aus buntgemustertem Frottiertoff, indanthren. Auch zu verwenden als Badetuch oder Teppich (200x140), mit weißen Schnurquasten, in Kartonpackung

**16.75**

BERLIN O2 SPANDAUER STRASSE KUNIGSTRASSE • GEG. 1815

BEISPIELE AUS DER UMFANGREICHEN MOBEL-ABTEILUNG

**Bücherablage 36.-**  
weiß oder farbig lackiert oder dunkel gebeizt, Höhe 74cm, Länge 58cm

**Modernes Tischchen 16.-**  
sechseckig, Platte 30cm, Höhe 58cm, weiß oder farbig lackiert oder dunkel gebeizt

**Schwerer Klubsessel 145.-**  
braunes Vollrindleder, Sitz und Lehne, gelbes Federpolster

PRAKTISCHE WEIHNACHTSGESCHENKE IN ALLEN ABTEILUNGEN

# N\*JSRAEL



# Preußens Flaggengesetz verabschiedet.

Etatdebatte im Landtag.

Der Landtag nahm gestern in 2. Lesung die namentliche Abstimmung über die Verlängerung des Wohnungsgesetzes bis zum 31. Dezember 1930 vor. Sie ergab Annahme des Entwurfs mit 257 Stimmen der Regierungsparteien gegen 125 Stimmen der Rechtsparteien.

Auch über den Flaggengesetzentwurf der Regierungsparteien wurde auf Antrag der Deutschnationalen namentlich abgestimmt. Die Rechtsparteien hatten dabei gehofft, das Haus durch Stimmhaltung beschlussfähig zu machen. Sie wurden enttäuscht. Die Kommunisten stimmten, wenn auch dagegen, mit und verhinderten damit die Beschlussfähigkeit. Sie reiteten damit das Gesetz, das nun endlich auch die Kommunen zwingt, am Verfassungstag und auch sonst die Reichsflagge Schwarzrotgold zu zeigen.

Vor der Abstimmung begann die Aussprache über den Etat. Die Debatte wurde eröffnet von dem

## Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Auf die einzelnen und gewiß wichtigen Steuerfragen des Etats werden wir bei Erörterung der allgemeinen Finanzverwaltung zurückkommen. Als über die allgemeine Finanzlage vor kurzem durch die Ausführungen des Finanzministers zum erstenmal der Schleiher gelüftet wurde, da fanden die Darlegungen auch in der dem Herrn Minister nahestehenden Presse kein freundliches Echo. Wenn aber behauptet worden ist, daß Preußen seit 1925 eine Finanzpolitik getrieben habe, die nicht auf gesunden Grundsätzen beruht, so muß ich mich schützend vor den Herrn Finanzminister stellen. Unsere Finanzpolitik wird doch heute maßgebend bestimmt durch die Zahlung ungeheurer Summen an Reparationslasten. (Sehr wahr! links.) In tristem Gegenlag steht allerdings dazu der Luxus und der Aufwand, den einzelne große Städte treiben. Er ist geeignet, das Ausland über unsere Verhältnisse zu täuschen, während auf der anderen Seite im Volke ungeheures Elend herrscht und eine Verarmung weitestverbreitet ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es hat uns peinlich berührt, daß die Beamenschaft durch die Besoldungsreform als Prügelnabe für die schlechte Finanzlage verantwortlich gemacht werden soll. Der Herr Minister hat allerdings versucht, in seiner Entrede diesen Eindruck abzumildern. Es läßt sich gewiß nicht bestreiten, daß die Besoldungsreform den Etat belastet. Aber man hätte dann schon früher an eine Erhöhung oder an eine allmähliche Angleichung denken müssen.

**Ganz entschieden möchte ich aber Verwahrung dagegen einlegen, daß nach der Auffassung des Herrn Ministers nunmehr die Erhöhung der Beamtenbezüge zu Ende sei.** (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß schon die Selbstverwaltung in den Kommunen zum Teil ganz andere Gehälter zahlt als der Staat. Deshalb bleibt ernstlich zu erwägen, ob nicht in absehbarer Zeit eine weitere Erhöhung der Beamtenbezüge erfolgen muß.

Die Förderung der großen Verwaltungsreform durch Preußen mit dem Ziele der Vereinheitlichung Deutschlands begrüßen wir. Ich freue mich deshalb, anlässlich des zehnjährigen Regierungsjubiläums dem Herrn Ministerpräsidenten Otto Braun zu dem endlichen Ausgleich gegensätzlicher Interessen zwischen Preußen und Hamburg gratulieren zu können. Finanzpolitisch wichtiger scheint mir aber für den Augenblick die keine Verwaltungs-

reform zu sein. Der Finanzminister hat darüber im Staatsrat Ausführungen gemacht, die wir nur billigen können. Wir müßten endlich zu einer Zusammenlegung der Lokalbehörden, zu einer Heranziehung der Sonderverwaltungen an die allgemeine Verwaltung, zu einer Lösung der Frage der Mittelinstanzen und in erster Linie zu einer Zusammenlegung von Landratsämtern und Amtsgerichten kommen.

Der Finanzminister legt besonderen Wert auf die Reform des Haushaltsrechts; er wünscht Stärkung seiner Position zwar nicht im Kabinett, aber gegenüber dem Parlament. Ich habe nichts von solchen juristischen Bindungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das zeigt der Kampf des Ministers um die Ausführungsbestimmungen zur Besoldungsordnung und zum Stellenplan. Ausschlaggebend ist nach meiner Auffassung immer der persönliche Einfluß des jeweiligen Finanzministers, der gegebenenfalls auch nicht davor zurückzucken darf, seine Demission anzubieten.

Die Auffassung des Ministers, daß um zu sparen, die Ausgaben eingeschränkt werden müssen, scheint mir eine allzu liberale Vorstellung zu sein. Es wäre interessant gewesen, von ihm zu hören, inwieweit unter den bestehenden Gesetzen nach eine Einnahmevermehrung möglich ist. Ich möchte da nur auf die Hauszinssteuerniederlegungen hinweisen, die in größeren Städten ohne nähere Prüfung erfolgen und damit einen ziemlich großen Ausfall bringen.

**So sollen nach dem Urteil von Sachkennern in Berlin allein ohne nähere Prüfung 30 Millionen Mark Hauszinssteuern niedergeschlagen werden sein.**

Wenn etwa die Zahl der Beamten nicht ausreichen sollte, Anträge zu prüfen, so müßte hier sofort durch Neueinstellungen Abhilfe geschaffen werden.

**Wir sind uns des Ernstes der Finanzlage bewußt, und wir haben an einer Insultation genug. Aber wir werden uns unter keinen Umständen abhalten lassen, im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten für das Prinzip der Gemeinwirtschaft und für gerechtere Verteilung der dadurch erforderlichen Lasten zu kämpfen.** (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf werden die oben erwähnten Bestimmungen vorgenommen. Darauf setzt das Haus die Debatte über den Haushalt 1929 fort.

Abg. Dr. v. Winterfeldt (Dnat.) lehnt den Gedanken des Einheitsstaates ab, der eine Verdrängung des deutschen Kulturlebens bringen würde. Ein Anschluß Österreichs wäre nur bei Beibehaltung des Föderalismus durchzuführen. Besonders in der Landwirtschaft sei die Finanznot eine große. Die Reparationslasten wären bisher nur durch Auslandskredite, also durch ungesunde Finanzgebärung, aufgebracht worden. Ein Konkordat könne nur in Frage kommen, wenn der Landtag die Möglichkeit zur Prüfung hat und wenn beide Kirchen dabei berücksichtigt werden. Der Redner fordert Meinungsstille der Beamten und wendet sich gegen die Entlassung des Landrats von Gissa im Kreis Kirchheim.

Abg. Dr. Becker (Z.) spricht dem Finanzminister den Dank für die Verbesserung des Etats aus. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer beweise, daß die Steuerquellen nicht stärker flehen können. Das Zentrum habe den Wunsch am Zustandekommen eines echten Föderalismus unter einer staatlichen Zentralgewalt.

Abg. Sawend (Komm.) lehnt den Etat ab, der nur dem bürokratisch-funktionalistischen Staat die Mittel zur Ausplünderung der Massen gewähre.

Hierauf wird die Debatte auf Freitag, 13 Uhr, vertagt.

gewaltigen Steigerung der Arbeitslosigkeit haben die Saisongewerbe den Hauptanteil. Bei dieser Notlage halten wir uns für berechtigt und verpflichtet, für die Beseitigung zu stimmen. Was würde werden, wenn der Kompromißvorschlag scheitert! Man sagt, das Reich würde dann 28 Millionen spenden. Aber die könnten auch wieder nur an bestimmten Personalkategorien gespart werden. Das Reich muß nach dem Gesetz Zuschüsse für die Reichsanstalt leisten, wenn deren Mittel nicht ausreichen. Mit den 28 Millionen wird für das Reich noch nicht alles getan sein. Es wird mehr nötig sein. Aber dadurch, daß eine so große Anzahl Saisonarbeiter direkt vom Reich unterstützt werden, wird die Reichsanstalt beträchtlich entlastet. Die Neuregelung bringt durch die mechanische Einreihung der Orte unter 200 000 Einwohnern in das „Land“ erhebliche Ungerechtigkeiten. Dort beträgt die Unterstützung höchstens die der 4. Klasse. Die Ungerechtigkeit trifft die Leute doppelt: als Beitragszahler und als Lohnsteuerzahler. Sie zahlen genau so wie die anderen, erhalten aber im Bedarfsfälle weniger. Zurzeit können wir nicht mehr erreichen als der Regierungsentwurf bringt. Nur deshalb stimmen wir der Ausschussfassung zu. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Raedel (Komm.): Für dieses reaktionäre Gesetz ist die Sozialdemokratie verantwortlich. Die Abrechnung wird zur gegebenen Zeit folgen.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Sp.): Die Regierungsvorlage bringt einen geringen Fortschritt, schiebt aber die Kosten nur zwischen Reich und Reichsanstalt hin und her. Wir sind auch aus anderen Gründen gegen die Regierungsvorlage. Der Landarbeiter zahlt 1 bis 1½ Wochenlöhne als Beitrag ein, bekommt aber nach der Regierungsvorlage immer noch das Neunfache an Unterstützung heraus.

Abg. Schneider (Dem.): Die Saisonarbeiter holen tatsächlich mehr heraus, als sie einzahlen. Zur Versicherungsmäßigen Abdeckung müßten 4-5 Arbeitslöhne als Beitrag gezahlt werden. Es ist auch ganz ungesund, daß alle anderen die sehr hohen Beiträge der Arbeitslosenversicherung zahlen, damit die Saisonarbeiter diese Unterstützung bekommen. Wir beantragen, die Leistung auf die Hälfte herabzusetzen, aber Rechtsanspruch darauf zu gewähren und die deprimierende Bedürftigkeitsprüfung zu beseitigen. Dadurch würden die Versicherten nur das nicht mehr bekommen, was sie heute im ganzen gesehen zuviel erhalten.

Abg. Schwarzer (B. Sp.): Es wird nicht mehr herausgeholt, als eingezahlt. Wir stimmen für die Regierungsvorlage, die durch Ausschussbeschluss bis zum 30. September 1929 befristet ist, erwarten aber ihre spätere Verbesserung.

## Reichsarbeitsminister Wiffell:

So notwendig es wäre, will ich doch auf die Debatte nicht weiter eingehen. Jeder der hier spricht, will doch die Anwesenden überzeugen, aber bei dieser Leere des Hauses wäre das ein Versuch um überhaupt nicht vorhandenen Objekt. (Heitere Zustimmung.) Ich beschränke mich deshalb auf die Aeußerung des Abg. Schneider von der deprimierenden Bedürftigkeitsprüfung, die sein Vorschlag ersparen würde. Nach diesem Vorschlag würde ein Versicherter mit zwei Familienangehörigen in einer Stadt mit weniger als 100 000 Einwohnern nicht 22,95 M., sondern 11,27 M. erhalten. Wie soll er damit leben, Kohle und Kleidung beschaffen? Das kann er unter keinen Umständen. Er müßte die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen, und die würde dann allerdings die Bedürftigkeitsprüfung vornehmen müssen, die also auch bei Ihrem Vorschlag nicht entfallen würde. Die Regierungsvorlage ist der letzte Versuch, auf diesem neuen Gebiet über den Winter hinaus eine Verbesserung vorzunehmen. Bis zum September nächsten Jahres wird eine neue gesetzliche Regelung erfolgen müssen. Ich bitte also, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) lehnt für seine Fraktion die Regierungsvorlage ab.

Nach 8 Uhr abends wird die Abstimmung auf Freitag, 2 Uhr, vertagt, das Schankstättenwesen dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen und für die Freitagssitzung eine Tagesordnung von 14 Punkten festgelegt.



# Ludenfest-Tagen

**KAISER'S FEST-KAFFEE**  
IM GESCHENKBEUTEL AUSGEWÄHLTE MISCHUNGEN

**KAISER'S TEE**  
FÜR JEDEN GESCHMACK AUS DIREKTEM IMPORTEN

**KAISER'S SCHOKOLADEN**  
**KAKAO PRALINEN**  
**GESCHENKARTIKEL**  
**BAUMBEHANG**  
**WEIHNACHTSGEBÄCK**  
AUS EIGENEN SCHOKOLADEN- UND BACKWARENFABRIKEN

5%

**RABATT**  
AUF IHREN EINKAUF  
IN MARKEN (ZUCKER AUSGESCHLOSSEN)

ÜBER  
1000  
FILIALEN

# KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT







# Verwaltungsarbeit im 18. Bezirk.

Am der Reihe der Bezirksberichte im Rahmen des ersten Verwaltungsberichts der neuen Stadtgemeinde Berlin für 1920 bis 1924 ist nunmehr der sehr interessante Bericht über den Bezirk Weiskensee erschienen. Er vermittelt einen bedeutsamen Einblick in die allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerwesen, Gesundheitswesen, Wohlfahrts- und Jugendpflege, Schul- und Bildungswesen und Bau- und Wohnungswesen.

Fast genau in der Mitte der Weiskensee Feldmark befindet sich der See, nach dem einst das Dorf Weiskensee genannt wurde. Am Dämmerort liegt das ehemalige alte Dorf. Das Land ist ziemlich eben, besitzt keine Wälder, aber schönen alten Baumbestand an den Straßen und weite Grünflächen. Außerdem bestehen in Weiskensee wie in Niederschönhausen ausgedehnte Park- und Schmuckanlagen an Seen und Teichen, und in den ländlichen Bezirken bieten die alten Dorfsäulen und Gutsparks einen erfreulichen Anblick. Mehrere Spiel- und Sportplätze sind angelegt worden oder vorgesehen, so auf dem Gelände der ehemaligen Trobrenbahn und in Verbindung mit dem der Delfenlichter zugänglichen Volkspark. Ferner auf dem gepackten Gelände der Göttingischen Erben in Hohenschönhausen und auf der Falkenberg Feldmark.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gehört den erwerbstätigen Ständen an. Aber auch Gartenbau, Gemüse- und Pflanzenzucht sind zu finden, Bierbrauereien, Großschlachtereien, Fleischbearbeitungsfabriken, Tischlereien und andere gewerblichen Unternehmen haben sich und Betriebsstätten im Bezirk. Dagegen wird in Reichow, Wartenberg und Falkenberg fast nur Landwirtschaft getrieben.

## Finanz- und Steuerwesen.

Das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin hat auch auf die Finanzverwaltung Weiskensees einschneidend gewirkt. Während bis zur Eingemeindung die einzelnen Gemeinden berechnungsmäßig, selbstständig Steuern zu erheben und Anteile aufzubringen, müssen nunmehr Steuern an die Zentralverwaltung abgeführt werden, die für die Verwaltung notwendigen Mittel vom Magistrat angefordert werden. Die Finanzwirtschaft war vor allem in den Initialjahre stark beansprucht. Die ursprünglich für das Finanz- und Steuerwesen eingesezte Deputation wurde später mit der für das Grundrentenamt vereintigt. Diese neugebildete Deputation bildete fünf Ausschüsse, nämlich den Ausschuss für Grundrentenamt, den Bezirksverfassungsausschuss, den Rentenrentionsausschuss, den Grundsteuer- und den Gewerbesteuer- und den Steuererfassungsausschuss.

Bis Anfang 1921 wurden die Steuerangelegenheiten der im Bezirk Weiskensee früheren selbständigen Orte durch die betreffenden Gemeindebehörden erledigt. Dann wurde im Mai 1921 das Bezirksrentenamt Weiskensee gebildet. Die Organisation des Steueramts wurde entsprechend der vom Magistrat Berlin erlassenen Richtlinien durchgeführt. Für die Steuererhebung wurden zwei Steuererfasser ernannt, und zwar die Steuerklasse 18 A im

Weiskensee und die Steuerklasse 18 B im Hohenschönhausen. Das Steueramt ist für die Steuerangelegenheiten des gesamten Bezirks zuständig. Bei ihrer Bereinigung mit Berlin, betrug die Gemeinde Weiskensee 124 Grundstücke in einem Umfang von nahezu 100 Hektar, nicht einbezogen die Flächen der Straßen, der Plätze und öffentlichen Wege in einer Ausdehnung von etwa 86 Hektar. Von dem unbebauten Grundbesitz sind besonders hervorzuheben der Pferdemarkt, der Volkspark am Säuglingskrankenhaus und die um den Weiskensee gelegenen Parkanlagen, die ihre Fortsetzung in den Anlagen um den Goldfischteich und den Kreuzpfuhl finden. Durch weitere Ankäufe wurde dieser Grundbesitz noch erheblich vergrößert.

## Gesundheitswesen / Wohlfahrts- und Jugendpflege

Weiskensee besitzt zwei Krankenhäuser, das im Jahre 1900 eröffnete Auguste-Victoria-Krankenhaus, das in den folgenden Jahren wesentlich erweitert wurde, und das Säuglingskrankenhaus, das mit einer Säuglingsfürsorgestelle, einer Poliklinik und einer Mischkuranstalt verbunden ist. Ferner besitzt Weiskensee eine Tuberkulosefürsorgestelle, eine Altkostenfürsorgestelle und die Geschlechtskrankenfürsorge. Seit dem Jahre 1922 ist ein hauptamtlicher Desinfektor angestellt.

Am 4. Dezember 1922 wurde eine Wohlfahrtsordnung für den Bezirk erlassen und darauf ein Wohlfahrts- und Jugendamt eingerichtet. Es gliedert sich in vier Abteilungen, die Hauptabteilung, die Kriegsfürsorgeabteilung, die Abteilung für allgemeine Wohlfahrt und das Jugendamt. Außerdem wurden 17 Wohlfahrts- und Jugendkommissionen eingerichtet. Die Rentenrenterfürsorge besteht seit 1922. Die Sozialrenterfürsorge ist, wie in allen Bezirken, dem Bezirkswohlfahrtsamt angegliedert. Großen Zuspruch findet die Volkspflege im Weiskensee.

Stark in Anspruch genommen wird auch die Schwangerenfürsorge des Bezirks, teils von ledigen Müttern, teils von jungen Frauen, die unter der Erwerbslosigkeit des Ehemannes zu leiden haben. Sie finden weitgehende Unterstützung und erhalten Lebensmittel, teils unentgeltlich, teils zum Selbstkostenpreis. Auch auf dem Gebiet der Säuglingsfürsorge ist wertvolle Arbeit geleistet worden, obwohl sie gerade in der Zeit des Reiches, in der Infestation, schwer zu leisten hatte. Kindergärten und Hort, Waisenpflege und Krüppelfürsorge, Jugendfürsorge und Dufterpeilung, Sorge für Landaufenthalt und Verschickung für Jugendpflege und Lebensübungen vervollständigen die Wirksamkeit des Jugendamts.

Der außerordentlich interessante oben erwähnte Bericht, aus dem wegen Platzmangel an dieser Stelle leider nur ein unvollständiger Auszug dargeboten werden kann, ist, wie die übrigen Hefte des ersten Verwaltungsberichts der Stadt Berlin, im Verlag Otto Stolberg, Berlin, erschienen und einzeln zum Preise von 1,20 Mark im Buchhandel zu kaufen. Seine Lektüre ist jedem kommunalpolitisch Interessierten zu empfehlen.

„Vorwärts“ bedrogen lassen. (Wir haben einen solchen Tatbestand glücklicherweise noch nicht feststellen können. Aber es scheint, als ob die Schwindelerei der „Roten Fahne“ bereits so weit vorgeschritten ist, daß selbst in Bezirksversammlungen versucht werden muß, den Wählern zu helfen. Oder spricht aus dem Antrag ein gewisser Reich über die Verunsicherung des „Vorwärts“? Dann dürfte die „Rote Fahne“ vielleicht an Selbstsucht erkrankt sein!) Genosse Stadtrat Ljuren antwortete, daß es sich um einen erfolglosen Versuch gehandelt habe. In Zukunft werden die Zettel allen Sitzungen beigegeben. Er verpönte aber, bei einem in Zukunft genommenen Vortrag über Kerpenarbeiten die „Rote Fahne“ besonders zu berücksichtigen. — Ein Antrag, der besten Beleuchtung in den Nebenstraßen forderte, die durch Umleuchtung jetzt stärkeren Verkehr haben, wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

## Das sozialdemokratische Wehrprogramm. Kreisversammlung Schöneberg.

Im Kreise der Schöneberger Reichstagsabgeordnete sprach im „Wilhelmshof“ in Schöneberg Reichstagsabgeordneter Genosse Tony Sender über das sozialdemokratische Wehrprogramm. Der Redner vertrat es weitgehend, die Genossen in das verzwickte Problem einzuführen und die Stellung der Sozialdemokratie klar herauszuarbeiten. Die Sozialdemokratie hat sich vor dem Kriege für die Rüstung eingesetzt, weil die alten Führer mit Recht glaubten, daß bei einer allgemeinen Bewaffnung das Einlegen der Arme gegen die Arbeiterklasse bei Streit unumgänglich wäre. In den letzten Jahren hat die Partei zwar kein durchgearbeitetes Programm für die Wehrfragen, aber doch eine Marschrute durch die Belüste der Sozialistischen Internationale, insbesondere durch die Brüsseler Resolution. Die wichtigste Frage, die alle Sozialdemokraten beschäftigen, ist die: Wie verhindern wir den Krieg, wie machen wir ihn unumgänglich? Das wichtigste Mittel zur Verhinderung bleibt einmal die Massenaktion und der Ausbau der Schiedsgerichte. Die geographische Lage Deutschlands zwingt uns, besonders eingehend zu den Wehrfragen Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratie muß alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, daß Deutschland mit dem Beitritt zu einseitig festgelegt. Wir müssen Deutschland von den Kriegskonflikten fernhalten. Wir sind für den Ausbau des Rüstungsbundes. Alle Konflikte der Staaten untereinander müssen durch Schiedsgerichte beigelegt werden. Erst wenn sich ein Staat dem Schiedsgericht nicht fügen will, dann muß die Gewalt eingesetzt werden. Ein militärisches Vorgehen wäre nur in diesem Falle möglich und dann, wenn es sich um die Verteidigung der Demokratie gegen in- und ausländische Angriffe gegen die Demokratie handelt. Das neue Deutschland soll Fortkämpfer der Arbeiterbewegung sein, soll aber auch die Demokratie mit aller Gewalt verteidigen. Wir stehen uns für den demokratischen Staat ein, weil er uns die beste Grundlage für unseren Kampf gibt. Wie stehen wir zur heutigen Reichswehr? Die Forderung, sie völlig abzulassen, braucht schon darum nicht erörtert zu werden, weil wir dazu gar nicht die Macht haben. Wir höchster Militärischer müssen wir an ihrer Umgestaltung arbeiten. Auch da geben uns die Brüsseler Beschlüsse Richtlinien. Oberste Forderung muß sein, den Soldaten auch ihre Staatsbürgerlichen Rechte, Wahl- und Koalitionsrecht zu geben. Die Verbindungen der Reichswehr mit den Reichsverbänden müssen zerfallen werden. Eine legale Rüstung muß unterbunden werden. Wichtig ist auch, daß die Reichswehroverträge mit der Industrie von dem Reichstag kontrolliert werden. Der Heeresersatz muß kritisch untersucht werden. Gegen die industrielle Rüstung hilft nur die Befreiung der Arbeiter. Ziel unserer Wehrpolitik bleibt die Befreiung der Heereskräfte: das sozialistische Ziel bleibt die Abschaffung der Gewalt. Es das mit großem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine eingehende Diskussion, in der besonders die Forderungen aufgestellt wurden: dem Reichswehrminister solle ein parlamentarischer Staatssekretär zur Seite gestellt werden, die politische Schulung der Soldaten dürfe nicht dem Offizier übertragen werden, sondern Beamten der Hochschule für Politik und 60 Prozent des Offiziersersatzes solle dem Mannschaftsstande einverleiben werden.

Jugendpflege-Abendveranstaltungen in allen die Jugendpflege und Lebensübungen angehenden Angelegenheiten hält das Jugendamt des Bezirks Treptow jeden Mittwoch von 19—20 Uhr im oberen Zimmer des Jugendheims Oberlöhneweide, Kaufener Str. 2, ab. Dortselbst ist auch die Wanderausstellungsstelle (Landesaufnahme-Kartennetz mit 20 Bros. Ermäßigung, Jugendherbergs-Rechen geschäftsstelle) zur gleichen Zeit geöffnet. Die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen ist mit keinen Kosten verknüpft.

Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege im Verwaltungsbezirk Treptow veranstaltet für die Alten und Einheimen an den nachstehenden Zeiten und Orten fröhliche Stunden zur Weihnachtszeit, bestehend aus Konzert, Gesang und Tanzdarbietungen. Den mit besonderen Karten geladenen Hilfsbedürftigen wird überall ein einfacher Imbiß bzw. Kaffee und Kuchen kostenlos geboten, die Ehrenpreise tragen ihre eigenen Zehrten selbst. Die Feste finden statt: Mittwoch, 18. Dezember, 5 Uhr nachmittags im Sprengarten Treptow; Mittwoch, 19. Dezember, 5 Uhr nachmittags, im Ruffshäuser, Kieberschönweide; Donnerstag, 20. Dezember, 7 Uhr abends, bei Flegel, Adlershof, Bismarckstraße; Freitag, 21. Dezember, 4 Uhr nachmittags, im Blumenparken, Oberlöhneweide; Sonnabend, 22. Dezember, 5½ Uhr nachmittags, bei Bohn, Mühlenteich, Grünauer Straße.

Verkauf, der Schiller Franz Wolff, Berlin, Spandauer Str. 4, nur am 18. Dezember 25 Jahre bei der Firma A. Polzig, Berlin N. 20, Kunst- und Buchh., beschäftigt.

## Musikaufträge

Es gibt was aus dem Reichsamt der Deutschen Musikverbände, Berlin, Kommandantenstr. 68/69, Wunsch 8277-18. Beisitztag: 1-3, Sonntag 10-2 Uhr. Bei Wunsch: Eintrittsbeitrag.

## Aus den Bezirken.

### KPD. für Privatwirtschaft. 13. Bezirk - Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung dieses Jahres spielten wieder einmal die Verkehrsfragen des Bezirks eine große Rolle. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dazu mehrere Anträge gestellt. Die einzige Ost-West-Verbindung stellte bisher die Linie 52 her. Die Umwandlung dieser Linie in S-Bahn 6 hat aber keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung gebracht. Es wird deshalb eine Verlängerung der Linie 53, die vom Bahnhofs Bahnhofs über Tempelhof nach dem Westen führen mußte, aber aber ein 7½-Minuten-Verkehr des S-Bahn vorgeschlagen. Unlösbar sind auch die Zustände auf den Linien 66, 69, 100, die ständig überfüllt sind, so daß in den Hauptverkehrszeiten der Fahrgast 30 bis 40 Minuten warten muß. Notwendig wäre ferner, daß die ersten Züge von Lichterode schon ab 5,00 Uhr verkehren. Ein weiterer sozialistischer Antrag fordert bessere Beleuchtung der jetzt unauffindbaren Haltestellen der neuen Straßenbahnstrecke nach Lichterode. Weiskisch schlägt es auch die Beleuchtung in der Konforbia- und Wolframstraße in Tempelhof. Ein sozialistischer Antrag, eine Berliner- und Friedenstraße eine Betriebskassette einzurichten, war schon im August angenommen. Da sich die Straßenbahn bisher ablehnend verhielt, wurde dieser Antrag erneuert. Alle diese Anträge wurden einstimmig angenommen, und nach einer redaktionellen Forderung wurde auch ein kommunistischer Antrag, der eine Danubiuslinie vom Westen nach dem Osten über Tempelhof fordert, einstimmig angenommen. Im Zusammenhang mit der Verkehrsfrage fand auch eine Anfrage der Mitte über Sicherung des Verkehrs in der Berliner Straße Ecke Ringbahnstraße. Es hat dort schon wieder ein Unfall ein Todesopfer gefordert. Das Bezirksamt erklärte, daß alles getan werden solle, um künftige Unfälle zu verhindern. Auf Antrag der Rechten war eine Anfrage der SPD, vorweg behandelt worden. Es handelt sich darum, daß das „Kloster zum guten Hirten“ in Marienfelde laut Vertrag das Recht habe, die Abwässer nicht in die Stadtentwässerung abzuleiten, sondern sie für die dem Kloster gehörenden Kelter und Wiesen zu verwenden. Die Anwohner klagen über Mückenplage, üble Gerüche und Verunreinigung ihrer Keller. Das Bezirksamt bestätigte den Inhalt des Vertrages. Da er bald abläufe, sei eine Forderung möglich. Die bisher friedliche Stimmung der Versammlung schwand beim nächsten Punkt der Tagesordnung. Der „Kloster“ im Alten Park in Tempelhof ist seit Menschengedenken nicht gereinigt worden. Seit dem Herbst ist das Gartenamt damit beschäftigt, den Schlamm zu beseitigen, d. h. ihn vorläufig am Rande aufzu-

schütten und allmählich abzuführen. Ein Fünftel der Schmutzmassen ist bisher gehoben. Ein sozialistischer Antrag forderte nun Einlegung von mehr Arbeitstrassen, beschleunigte Abfuhr und Zahlung von tarifmäßigen Schmutzgebühren an die Arbeiter. In der Debatte erhoben nun die Kommunisten nun allgemeinen Entschlossen die Forderung, diese Arbeit einer Privatfirma zu übertragen, die diese Aufgabe besser und schneller erledigen könne. Sie beantragten deshalb als erste Rate aus Vorbehaltsmitteln 10.000 M. zu bewilligen. Der Rat der Reichsstadt beantragte, wärm für die Ausführung in städtischer Regie ein. Der Bezirksvorsitzende Rast (Mitte) stellte diesen wunderbaren „Zwiespalt der Natur“ fest, kritisierte nun als Sachmann sehr scharf die unsachgemäße Ausführung der Arbeit, fragte dann, ob das Bezirksamt über keinen „Lieferschein“ verfüge und trat im übrigen natürlich im Prinzip für Privatwirtschaft ein. Der Bezirksbürgermeister erklärte, daß das Bezirksamt für münchenswerth halte, der Rechten wegen die Arbeiten selbst auszuführen. Nach diesem langen Hin und Her ergab dann die Abstimmung, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig angenommen wurde.

## Kommunistische Kinderei.

### 17. Bezirk - Lichterberg.

Die letzte Bezirksversammlung brachte eine lebhaft Aussprache über Gas- und Elektrizitätszählermieten, deren Höhe bemängelt wurde. Gegen den Einwand, daß der Preis mit 16 Pf. sehr niedrig sei und die Erhebung der Mieten rechtfertigt, wurde darauf hingewiesen, daß gerade die Kleinrentner durch Erhebung der Mieten einen Preis von 30 bis 36 Pf. pro Kilowattstunde zahlen müßten. Einstimmig war man der Ansicht, daß die letzten Typen mietfrei zu lassen seien. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten verlangte Abänderung der Mietstände auf dem Arbeitsamt Ostien. Genosse Stadtrat Weiß erklärte, daß diese Mietstände bei der Neuorganisation des Arbeitsamtes entstanden seien (Uebnahme durch das Reich). Das Bezirksamt sei hier nicht verantwortlich und nicht zuständig. Die Lichterberger Vertreter können nur als Beisther im Verwaltungsausschuss ihre Wünsche vertreten und hätten das selbstverständlich auch getan. Uebrigens seien Beschwerden über verzögerte Abfertigung beim Arbeitsamt selbst nicht erhoben worden. — Eine mit schallendem Gelächter ausgenommene Abfertigung holte sich die KPD. mit einem Dringlichkeitsantrag: die Flugzettel bei Bekanntmachungen über Vorträge usw. nicht nur dem „Vorwärts“, sondern auch der „Roten Fahne“ beizulegen. Frau Rosenthal, die den Antrag begründete, erklärte, daß die Zettel des „Vorwärts“ wahrscheinlich bei dessen Fernern eine Schwindelerei-epidemie hervorgerufen habe. Darum hätte das Bezirksamt wohl die Zettel, die zu einem Tuberkulosevortrag einzulegen, gerade dem

# 3 Tafeln Schokolade gratis!

erhalten Sie ab Freitag, den 14. Dezember bis Montag, den 24. Dezember beim Einkauf von 1 Pfund Hinz & Küster Kaffee; 1 Tafel bei ½ Pfund

in sämtlichen Hinz & Küster Filialen und Verkaufsstellen  
**Hinz & Küster Kaffee**





Letzter Schick der Ball-  
saison: Crêpe-Satin-  
Stilkleid in rückwärts  
verlängerter Glocken-  
form mit neuer  
großer Rückenschlei-  
fe und duftigem  
Blütenzweig. Dieses  
Abendkleid in elegan-  
ter Linie hochschick  
verarbeitet kostet in  
verschiedenen Farben

32<sup>50</sup>

„Also vergiß nicht,  
am Sonntag ist von  
2 bis 6 Uhr geöffnet!  
Geht Dein Mann auch mit?“

„Natürlich! — —

Jetzt gibt's doch bei C. & A.  
auch Herren- und  
Knaben-Kleidung  
genau so vorteilhaft!  
Also auf Wiedersehen!“



Wenn Sie irgendetwas an Kleidung  
gebrauchen, sei es Damen- oder  
Herren-Kleidung — für Mädchen  
oder Knaben — für eigenen Bedarf  
oder als Weihnachtsgeschenk —  
wenn es gut sein soll und doch  
billig — überraschend billig sogar:

Den modernen Paletot,  
den Sie suchen: in eleganter  
Form, sehr tragfähiger  
schwarzer od. matterer  
Ware, ganz gefüttert,  
finden Sie bei uns schon

19<sup>50</sup>

Er behauptet das Feld; der  
vornehme Ottoman-  
Mantel mit dem hoch-  
modernen großen Roll-  
kragen, den hohen Fuchsmanschetten aus schönem  
Pelz, in flotter Mode-  
form und „ganz auf ele-  
gantem Füller“ kostet er

39<sup>50</sup>



Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113  
Beim Stettiner Bahnhof

Königstr. 33  
Am Ohl. Alexanderplatz



Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!



# Grammophon

das Instrument, das den höchsten Ansprüchen jedes Musikkenner genügt



## auf 12 gleiche Monatsraten

Grammophon-Spezialhaus G.m.b.H. BERLIN W FRIEDRICHSTRASSE 139 TAUENTZINSTRASSE 14

### Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 14. 12.  
**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 A.-V. 166  
 20 Uhr  
**Agyptische Helena**

Freitag, d. 14. 12.  
**Städtische Oper**  
 Bismarckstr.  
 Turnus IV  
 20 Uhr  
**Madame Butterfly**

Staats-Oper  
 Am Pl. Republik  
 R.-S. 326  
 20 Uhr  
**Diktator. Das geheime Königreich. Schwergewicht.**

Staatl. Schauspielh.  
 In Inszenierung  
 A.-V. 227  
 20 Uhr  
**Herodes u. Mariamne**

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.  
 20 Uhr  
**Fladsmann als Erzieher**

### SCALA

8 Uhr B.A. Barbarossa 9256  
**Schaefer's Revue und das grosse Weihnachts-Programm.**  
**Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen**  
 3,20 u. 5 Uhr. — 3,20 zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

### CASANOVA

Großes Schauspielhaus 8 Uhr  
**CASANOVA**  
 mit Michael Bohnen. Regie: Charrell.  
 Sonntag 3 Uhr. Nachmittags-Vorstellung.  
 s. halb. Preise. Parkett u. Rang 1,00 M.

### Komische Oper (8 1/4)

**James - Klein - Revue Tausend nackte Frauen!**  
 Parkett nur 4.50 Mk.

### CASINO-THEATER

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr  
 Lotharinger Straße 37.  
**Der neue Posse-Schlager! August, die Kanone!**  
 Dazu ein erstklassiger bunter Teil.  
 Für unsere Leser Gutscheine für 4 Pers. Paulett nur 1,15 Mk., Sessel 1,50 Mk. Sonstige Preise. Parkett u. Rang 1,00 M.

### Renaissance-Theater

Täglich 8 Uhr:  
**„November in Oesterreich“.**  
 Regie: Gust. Harung.

### Theater d. Kottbuser

Kottbuser Str. 6 Tel. Mpt. 16077  
 Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise).  
**Elite-Sänger**  
 Weihnachtsprogramm  
**Das große Ereignis**  
 Preise: 1. 40, 1.70, 2. 1.30 Mk. Nachm. 0,75, 1. 1,25 Mk. 1,80, 1,75 Mk.

### Reichshaus-Theater

Abends 8 Sonnt. nachm. 3  
**Sieffner Sänger**  
 Hamlet im Heringsladen  
 dazu ein große Weihnachts-Programm! Nachm. halbe Pr.  
**Dönhoff-Brett!**  
 Konzert - Tanz - Variet.  
 Dr. Programm! Karl Braun / Ernst Walter.

### Metropol-Theater

Täglich 8 1/2, 20c  
**Friederike**  
 Franz Lehar dirigiert  
**Käthe Dorsch**  
**Richard Tauber**  
 Silke Werner • Beyermann  
 Reinhardt • Storz • Sara  
 Reg. • Zimburg • Schönemann  
 Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet.  
 Telefon: Zentrum 375 u. 9393

### Volksbühne

Theater am Schillergarten  
 8 Uhr  
**Macbeth**

### Thalia-Theater

8 Uhr  
**Schneider Wibbels Auferstehung**

### Staatl. Schiller-Th.

8 Uhr  
**Fladsmann als Erzieher**

### Der Diktator. Das geheime Königreich. Schwergewicht.

Th. am Schillergarten  
 Täglich 8 Uhr  
**Die Drei-Groschen-Oper**

### Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valetti, Ander, Geron, Schaufuß, Köhl, Lvovski,  
 Telefon: Nord 1141 u. 281

### Winter Garten

Täglich 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
**Das grandiose Weihnachtsprogramm!**  
 Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen  
 3.30 und 8 Uhr  
 3,30 kleine Preise.

### MÖBEL

ohne Anzahlung  
 Schlafzimmer  
 Herrenzimmer  
 Speisezimmer  
 Mod. Küchen  
 Polstermöbel  
 Einzel-Möbel  
**bis zu 24 Monatsraten**  
 kaufen Sie günstig bei der

### Befabe

Gegründet und beaufsichtigt vom Gesamtverband des Magistralen Berlin  
 nur Breite Straße 7

Auf den Weihnachtstisch gehören

## JUHL-ZIGARREN

Katalog gratis u. franko  
 Ueberall erhältlich!

### HALLER-REVUE

„Schön und schick“  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 in Admiralsplatz  
 8 1/2 Uhr

### Frau Holle

Sonnabend u. Mittwoch 8 1/2, U.  
**Frau Holle**  
 Märchenspiel.  
 Kleine Preise

### Der Herzog und die Sündenin

Singpiel in 3 Akten  
 Mus. v. v. v.  
**Fred Raymond.**  
 Sonnabend 4 Uhr  
**Hänsel u. Gretel**

### Die Komödie

Bismarck 2414/7516  
 1 1/2 Uhr, Ende 10 1/2  
**„Olympia“**  
 von Franz Molnar  
 Regie: Forster Larinaga.

### Die Herzogin von Chicago

Oper. von Emmerich Kalman  
 Täglich 8 Uhr

### Sünden der Jugend

mit Albert und Else Rosermann.

### Gesunden Schlaf kräftige Nerven

verschafft bei längerer Kur  
**Baldovin**  
 W. 2.342681. Man achte auf den gez. gesch. Namen.  
 Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, weisen wir Verkaufsstellen nach Otto Stumpf A.-G., Chemnitz.

### LJUERGENS ALEXANDER PLATZ

Neue Königstrasse 43.

### Garderobe

1/2 Anzahlung  
 Rest in 8 Monatsraten

### Damen-, Herren-, Kinder-Konfektion

Leib-, Haus-, Bettwäsche, Oberhemd., Kragen, Stoppdecken, Gardinen, Tisch-, Diwandecken, Teppiche, Läuferstoffe usw.

### Möbel aller Arten in großer Auswahl

### Anders

Reinickendorfer Str. 16  
 Größtes Haus am Nettelbeckplatz, am Bahnhof Wedding.  
 Ecke Pank- und Gerichtstraße Ecke Pariser, I. II. III. IV. Etagen  
 Sonntag geöffnet von 2-5 Uhr nachm.

### Barrowsky-Bühnen

Theater in der Königgrätzer Straße  
 8 1/2 Uhr  
**Kavalie im Erziehungsheim**  
 Schauspiel von P. M. Lämpel.

### Komödienhaus

Wer sollte es sonst sein?  
 v. Felix Jaschmann

### Rosa-Theater

17. Friedrichstr. 112  
 8 1/2 Uhr  
**Die Ratten**  
 Planetarium am Zoo  
 16 Uhr  
**Der Sternhimmel im Winter**  
 18 Uhr  
**Erde und Weltraum.**  
 20 Uhr  
**Lebensgemeinschaften d. Sterne**

### Thalia-Theater

Breslauer Str. 72-74  
 8 Uhr  
**Schneider Wibbels Auferstehung**  
 Handkell. Gedruckt.

### Befonders

wirken sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Anzeige des „Verwärts“ und trotzdem billig!

### Einladung

zur ordentlichen Ausschüttung der Betriebsfrankofage d. Stadt Berlin am Freitag, dem 24. Dezember 1928, um 16 Uhr, im Rathaus zu Berlin, Große Straße 13-15, Eingang Südostseite, Zimmer Nr. 109.

### Centralboden

Preußische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft  
 Von unseren neuen  
**8% Central-Gold-Pfandbriefen**  
 vom Jahre 1928, mit April-Oktober-Zinsen,  
 die an der Börse von Berlin bereits amtlich notiert werden und deren Zulassung auch für Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Leipzig beantragt ist, legen wir  
**10000000 Goldmark** zum Kurse von **97.50%**  
 — zusätzlich Stückzinsen vom 1. Oktober bis zum Abnahmetage —  
 zur Zeichnung auf.  
 Die Zeichnung findet statt  
 vom 18. bis zum 31. Dezember 1928,  
 früherer Schluß vorbehalten,  
 bei der Preussischen Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft,  
 „ „ Direction der Disconto-Gesellschaft  
 und deren Zweiganstalten,  
 „ S. Bleichröder, Berlin,  
 „ Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,  
 und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo ausführliche Prospekte zu beziehen sind.  
 Die Abnahme der Pfandbriefe kann bis zum 31. Januar n. J. erfolgen. Stücke liefern wir sofort.  
 Eine Kündigung ist frühestens zum 1. Oktober 1934 zulässig. Die Tilgung muß spätestens 1966 beendet sein.  
 Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark.  
 Die Belegbarkeit in Klasse A durch die Reichsbank ist bereits beantragt.  
 Die Aufsicht der Preussischen Staatsregierung wird durch einen für die Gesellschaft bestellten besonderen Staatskommissar ausgeübt.  
 Berlin NW7, Unter den Linden 48/49  
 Preussische Central-Bodentredit-Aktiengesellschaft  
 Lindemann Hartmann Desterlin Webe



# Ein Steuerattentat gegen Besitzlose.

Einführung einer Wohnungssteuer in Oldenburg.

Im Oldenburger Landtage herrschte während der letzten Tagung im Oktober bis November ein großes Durcheinander. Um was es sich handelte, ist ein Teil der Stadtgemeinden ist mehr oder weniger in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Um den Städten etwas zu helfen unterbreitete die Regierung dem Landtage zwei Gesetzentwürfe. Die eine betraf die Erhöhung des Zuschlagsrechts der Stadtgemeinden zu den Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer und Steuer vom bebauten Grundbesitz), und die andere sollte die Cassenbeiträge zur Einführung bringen. Die Entwürfe wurden durch eine Flut von Protestkundgebungen und Eingaben des sogenannten Mittelstandes bekämpft mit der Begründung, daß es jetzt an der Zeit sei, die Lohn- und Gehaltspläne, die bisher zu den Gemeindefinanzen nicht beigetragen hätten, heranzuziehen.

Die Regierungsparteien lehnten ebenfalls beide Entwürfe ab und setzten stattdessen die Einführung einer Wohnungssteuer in den notleidenden Städten durch, nachdem zuerst versucht worden war, eine Kopfsteuer allgemein einzuführen. Obgleich feststeht, daß sie gegen das Finanzgleichgesetz verstoßen, obgleich feststeht, daß sie gerade in den wirtschaftlich bedrohten Städten, für die sie gedacht ist, nur geringe Beträge abwarfen wird, während die Cassenbeiträge und die erhöhten Zuschläge hätten leisten können, wurde diese unglückliche Steuer gegen den Willen der Regierung erzwungen.

Obgleich die Regierung wiederholt auf die gesetzliche Ungültigkeit einer solchen Steuer hingewiesen und, um ganz sicher zu gehen, mit dem Reichsfinanzministerium verhandelt hatte — „das Hausgesetzreguliert die Materie erschöpfend, deshalb ist neben ihr keine Wohnungssteuer zulässig“ — stellte die Rechte sich auf den Standpunkt, daß besondere Verhältnisse auch besondere Maßnahmen erfordern. Man dürfe sich daher nicht dadurch abschrecken lassen, daß der Reichsfinanzminister einer Verordnung, durch die diejenigen Kreise ersicht werden sollten, die zurzeit zu den direkten Gemeindefinanzen nicht beitragen (!), die Genehmigung verweigere. Man wolle nötigenfalls den Reichsfinanzhof bzw. den Reichsrat anrufen. Weshalb sei die Wohnungssteuer in Bremen-Land und Mecklenburg-Schwerin eingeführt.

Die Regierung, so unter Druck gesetzt, ließ nunmehr erkennen, daß sie bereit sei, diesen recht bedenklichen Weg der Gesetzgebung zu geben. Es wurde mit einer knappen Mehrheit von 21 : 18 Stimmen — bei Enthaltung von 4 Demokraten — die Einführung der Wohnungssteuer für zwei Städte beschloffen.

Für zwei Städte! das ist aber nur ein Anfang. Wird doch die Ansicht vertreten, daß die Gemeinden auch ohne Gesetz, allein durch Statut, die Wohnungssteuer einführen können. Und schon warten mehrere Landgemeinden auf das von der Regierung aufzustellende Musterstatut, um das Attentat auf das leere Parteimonat der Besitzlosen ebenfalls ausüben zu können. Gewiß ist auch in der Wintertagung des Landtages ein erneuter Vorstoß auf breiterer Front zu erwarten. Ob die Demokraten dann wieder Handlangerdienste leisten, ist bei der Mentalität der oldenburgischen Demokratie schwer vorzusagen. — Ein Grundgesetz zur Durchführung gekommen, das auch in andere Teile Deutschlands zur Nachfolge verlocken könnte, diesen Umständen muß Widerstand entgegengeleitet werden.

M. Sachs, MdL, Oldenburg.

## Städte und Steuern.

Die Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium.

Gelegentlich der Vorbereitungen des Deutschen Städtekongresses in Leipzig gab der Vorstand des Städtekongresses im Reichsinnenministerium einen Presseempfang, wobei Präsident Dr. Müller einige wichtige Fragen berührte. Die Forderung der Kommunen, eine Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium des Innern zu neubestellen, sei nicht überall richtig verstanden worden. Selbstverständlich denken die Kommunen nicht daran, durch diese Abteilung die Zuständigkeit der Länder zu beschneiden; ihre Aufgabe soll ausschließlich in der sachverständigen Beratung der Reichsregierungsstellen und in der sachverständigen Beratung der Reichsregierungsstellen liegen und eine zweckmäßige Dezentralisation bei der Ausführung der Reichsaufgaben sein. Die starke Beschäftigung des Reichstages mit kommunalen Fragen, insbesondere auch die Auswirkung fast aller Reichsgesetze auf die Kommunen, lege den Gedanken, eine engere Fühlung mit dem Reichstag zu suchen, nahe.

Die Gemeinden lehnen das obligatorische Anhörungsrecht der Berufsvertretungen ab; ein solches Recht würde einen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeuten und sich im Erfolgsfall als ein Verstoß gegen die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts einzulösen, indem es psychologisch einen Teil der Verantwortlichkeit der gewählten Gemeindevorsteher auf außerhalb der politischen Gemeinde stehende, insofern unverantwortliche Organe überträgt. Die Gebäudenutzungssteuer ist die Wohnungssteuerpolitik der Gemeinden von ausschlaggebender Bedeutung, ohne die Mittel aus dieser Steuer können die Gemeinden die Wohnungsnot nicht wirksam bekämpfen. Die Regierung hierbei befindet, nicht, aber sie müssen erklären, daß der Entwurf der Regierung hinter den berechtigten Erwartungen der Gemeinden zurückbleibt.

## Die Wirtschaftshilfe in Sachsen.

Die Sozialdemokraten legen eine vorläufige Voraussetzung.

Dresden, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hatte vor einiger Zeit beantragt, 6 Millionen Mark für Sozialrenten, Arbeitsbeschäftigung, langfristige Erwerbslose usw. als Winterbeihilfe zur Verfügung zu stellen. Die Koalitionsparteien versuchten den Antrag mit der Begründung abzuwehren, daß das Land nicht bezugt und nicht in der Lage sei, für diesen Zweck Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Gewährung einer Winterbeihilfe sei nicht mehr Sache der Reichsregierung. Erwägungen der sächsischen Regierung in Berlin ergaben, daß die Beratungen über eine Winterbeihilfe des Reichs noch nicht abgeschlossen seien. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragte deshalb, wenigstens 600 000 Mark für die dringend bedürftigen Personen zur Verfügung zu stellen. Aber auch dieser Antrag fand keine Gnade bei den sächsischen Koalitionsparteien. Schließlich wurde die Regierung ermächtigt, den Betrag von 600 000 M. zu verausgaben. Voraussetzung hierfür ist, daß die Reichsregierung zu gleichen Betrag wie im Vorjahre für die Winterbeihilfe zur Verfügung stellt.

Etwa 250 000 mexikanische Katholiken pilgerten zur Kathedrale der Jungfrau von Guadalupe. Truppenabteilungen waren auf dem Straßen aufgestellt.

# Der abgefägte Stegerwald.



Und da verließen sie ihn . . .

# Manius großer Wahlsieg.

Neunzehntelmehrheit für den Regierungsbloß.

Bukarest, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung Maniu hat bei den Wahlen einen großen Sieg errufen. Sie dürfte nach den vorläufigen Feststellungen mit 365 Mandaten in das Parlament einzuziehen, während die bisherigen regierenden Liberalen kaum mehr als 14 Sitze erhalten werden. Die Sozialisten, die mit der nationalromänischen Regierungspartei in gemeinsamer Front gegen die Liberalen standen, haben bisher 9 sichere Mandate zu buchen. Außerdem sind 9 Deutsche, 15 Unabhängige und 2 Ukrainer gewählt. Die Partei des Generals Averescu erhält mehrheitlich 5 Sitze.

Alle Bukarester Berichterstatter melden übereinstimmend, daß diesmal die Wahlen in voller Freiheit, ohne den traditionellen Terror und die üblichen offiziellen Schandungen vor sich gegangen sind. Da die neue Regierung Maniu unmittelbar nach ihrem Wachtritt Pressezensur und Beschränkungen aufgehoben hat, ist anzunehmen, daß das rumänische Volk tatsächlich unbeflügelt und unbehindert gewählt hat — zum ersten Male, seitdem Rumänien besteht.

Wenn dem so ist, dann ist das Ergebnis der Volksbefragung für die bisherigen Gewalttäter geradezu vernichtend. Bisher waren Parlamentswahlen in Rumänien eine typische Komödie; wer gerade regierte, der siegte. Meist beschloß die Regierung im voraus, wieviel Mandate sie der Opposition überlassen würde, ob ein Fünftel oder ein Zehntel. Dementsprechend wurden die künftigen Wahlkommissare instruiert und bei der sogenannten Zählung ging alles wie am Schnürchen. Gerade die Wahlen der letzten Jahre waren Schulbeispiele dieses Systems; als im Mai 1926 der General Averescu und seine „nationale Volkspartei“ ans Ruder gelangten und das Parlament auflösten, ergaben die Wahlen eine Zweidrittelmehrheit für ihn; die bis dahin allmächtigen „Liberalen“ unter Brătianus Führung teilten sich mit der Nationalen Bauernpartei den kümmerlichen Rest der Mandate. Wenige Monate später erreichte irgendein Hofliquenitrius den Sturz Averescus und die Rückkehr Brătianus. Jetzt kam es plötzlich umgekehrt; die „Liberalen“ hatten wieder eine Dreizehntelmehrheit erobert, Averescu und die Bauernpartei bildeten mit den nationalen Minderheiten eine verschwindende Opposition.

Nun wäre man versucht, angesichts des überwältigenden Erfolges der zum ersten Male regierenden „nationalromänischen“ Bauernpartei Manius die Vermutung auszusprechen, daß es sich bei diesen Wahlen um eine Wiederholung der früheren rumänischen Wahlkomödien handelt, nur mit ver-

tauschten Rollen. Indessen haben die riesigen Bauerndemonstrationen des letzten Jahres bewiesen, daß hinter Maniu wirklich die Massen des rumänischen Volkes stehen. Auch hätte der Regenschattarat die Regierung Brătianu nicht gestürzt, wenn er nicht erkannt hätte, daß es das letzte Mittel sei, einer Revolution vorzubeugen. Diese Tatsachen, ebenso wie die Aufhebung des Beschränkungsstatus und der Zensur, sprechen dafür, daß die Wahlergebnisse diesmal echt sind.

Die Sozialdemokraten waren in den letzten Jahren von einer Vertreibung im Parlament meist völlig ausgeschlossen, obwohl sie zum Beispiel in Czernowitz, aber auch in manchen Städten Rumaniens, so in Bukarest, seit jeher zahlreiche Anhänger hatten. Nachdem sie im Bunde mit der Bauernpartei das Industrieproletariat gegen das verhasste Brătianu-Regime mobil gemacht haben, sind sie auch bei den Wahlen gemeinsam mit der Regierung vorgegangen. Dadurch sind sie wenigstens zum Teil zu ihrem Recht gekommen, ebenso wie die Deutschen in Siebenbürgen. Indessen ist das nur ein Anfang. Jetzt wird es sich für sie darum handeln, unter freieren politischen Verhältnissen ihre Organisation auszubauen und die Massen politisch zu erobern und zu schulen. Eine schwere, aber ebenso aussichtsreiche wie wichtige Aufgabe. Denn Rumänien ist mit fast 300 000 Quadratkilometern und 17 1/2 Millionen Einwohnern nach dem Kriege der größte Balkanstaat geworden und es ist politisch wie wirtschaftlich einer der wichtigsten Staaten in Europa überhaupt.

Die Antifemiten, die so viel blutiges Unheil in den letzten Jahren angerichtet haben, sind völlig unterlegen, ebenso die Kommunisten, die sich stets so gebärdet haben, als wären sie die einzige unterdrückte Partei, der die Sympathien der Volksmassen zufließen; die 500 Stimmen, die sie in der Hauptstadt Bukarest, die über 600 000 Einwohner zählt, erhalten haben, enthüllen ihre wirkliche Bedeutungslosigkeit. In der Geschichte der rumänischen Arbeiterbewegung wird der Kommunismus nur als eine traurige Episode verzeichnet bleiben; das war, als nach dem Kriege bolschewistische Führer die junge hoffnungsvolle rumänische Arbeiterbewegung in einen idiotischen Generalstreik hineinbrachten, der nach wenigen Tagen zusammenbrach und die Verkrüppelung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zur Folge hatte. Von diesem schweren Schlag beginnt sich die Arbeiterklasse Rumaniens nach fast zehn Jahren langsam zu erholen — indem sie sich um des sozialdemokratischen Banners schart und die Kommunisten einfach ignoriert.

## Ein wichtiger Termin.

Erhaltet die Anwartschaften in der Soz.versicherung.

Für die Erhaltung der Anwartschaften in der Anstelltenversicherung ist der 31. Dezember ein wichtiger Termin. Nur bis zu diesem Tage können die notwendigen freiwilligen Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft für das Jahr 1928 noch entrichtet werden. Bis einschließlich 1925 gelten durch Gesetz alle Anwartschaften in der Anstelltenversicherung als ausgerichtet, ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig Beiträge oder keine Beiträge entrichtet worden sind. Von 1926 ab muß die jeweils erforderliche Anzahl von Beiträgen nachgewiesen werden und zwar sind vom 2. bis 11. Kalenderjahr der Versicherung mindestens acht, vom 12. Kalenderjahr an jährlich mindestens vier Beitragsmonate zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig. Jeder berufstätige Versicherte, der von 1913 bis Ende 1925 mindestens vier Pflichtbeitragsmonate nachweisen kann, hat also bis zum Schlusse des Jahres 1928 noch die Möglichkeit, seine Versicherung wieder aufleben zu lassen.

Freiwillige Beiträge sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Gehaltsklasse B, zu entrichten. Dennoch beträgt der Mindestbeitrag monatlich 4 Mark, es ist jedoch genau darauf zu achten, daß die freiwillige Versicherung

in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse erfolgt, weil eine Unterversicherung zum Verlust der Anwartschaft führt und damit auch keine Ansprüche im späteren Falle an die Anstelltenversicherung gestellt werden können.

Bei der Invalidenversicherung erfolgt die Anwartschaft, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Austrittsliste bezeichneten Ausstellungsstichtag weniger als vierzig Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Altersversicherung entrichtet worden sind. Die freiwillige Weiterversicherung hat in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in der Gehaltsklasse II, zu erfolgen. Hinsichtlich der richtigen Beitragsentrichtung gilt das gleiche, was bereits für die Anstelltenversicherung gesagt wurde.

Die Invalidenarten sollen binnen zweier Jahre nach dem Tage der Ausstellung zum Umtausch eingereicht werden. Ist die Frist verstrichen, so muß im Streitfalle der Versicherte beweisen, daß die Anwartschaft ausreicht erhalten ist, d. h. daß er jährlich 10 Beiträge entrichtet hat. Freiwillige Beiträge dürfen für mehr als ein Jahr zurück nicht entrichtet werden.

Für arbeitslose Versicherte sind auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung während des Bezuges der Hauptunterstützung die Beiträge zur Anwartschaft der Anwartschaft vom zuständigen Arbeitsamt zu entrichten.



# Armenunterstützung höher als Lohn

## Zum sächsischen Textilkonflikt.

Kleider, Schön wie Träume, Stoffe für Blusen und Anzüge, Sumpfer und Strümpfe — Arbeiten der Textilarbeiter sind's, die der Weihnachtsmann bringt. Den Textilarbeitern aber, die all diese Herrlichkeiten schufen, soll der Hungerriemen auf den Weihnachtstisch gelegt werden. Oder sind die sächsischen Textilschiedsprüche keine Hungerriemen? Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß den Schlichtungsbehörden die Dürftigkeit der in den Schiedsprüchen vorgezeichneten Lohnverbesserungen sehr deutlich zum Bewußtsein gekommen ist. Das Reichsarbeitsministerium hat wenig Lust, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären.

Das Ministerium ist in einer wenig beneidenswerten Lage. Soll es einen solchen Schiedspruch wie den für Westfalen verbindlich machen? Und dann auch den für Ostfalen, der noch schlechter ist, den Loeben die Textilarbeiter auf ihrer Konkurrenz in Reigersdorf einmütig abgelehnt haben? Oder soll es den Dingen ihren Lauf lassen?

Soll ein solcher Konflikt nicht den Arbeitsmarkt aufs schwerste erschüttern? Wie verhalten, soll jetzt der sächsische Schlichter Dr. Heack nochmals ein Gutachten erstatten. Was soll das Gutachten feststellen? Daß der Schiedspruch in Ordnung ist? Oder bedeutet es den Anfang zu einem neuen Verfahren? Ein neues Verfahren einzuleiten, bietet, wie die Dinge liegen, immer noch den gangbarsten Ausweg aus der schwierigen Situation. Die Schiedsprüche sind unmöglichkeiten. Sie lassen, wie wir bereits an einigen Beispielen gezeigt haben, den

### Lohn noch unter der Armenunterstützung.

Damit die Deffenlichkeit sich ein ganz klares Bild von den fürchterlichen Lohnverhältnissen machen kann, lassen wir noch einmal, etwas ausführlicher die erschütternden Zahlen über Löhne und Unterfrüfung sprechen.

Die Unterfrühungsfrage der Wohlfahrtspflege gelten dabei, wie wir vorausschicken müssen, als Mindestfrage. Die angegebenen Löhne werden von zahlreichen Arbeitern in den einzelnen Orten nicht einmal erreicht. Genügend ist die aufgeführten Löhne nicht die niedrigeren Tariflöhne, sondern Löhne, die für die betreffenden Orte hauptsächlich in Frage kommen.

Wie lauten die Zahlen? In Chemnitz Tariflohn bei 51 Stunden pro Woche im Monat 126,85 M., der Unterfrühungslohn für einen verheirateten Arbeiter mit vier Kindern 178 M., mit drei Kindern 136 M., mit zwei Kindern 134 M., Burkhardsdorf Tariflohn 131,15 M., Unterfrühungslohn 154,50 M., Dresden 131,15 M., und 153,70 M., Glauchau 131,15 und 143 M., Sahnendorf 131,15 und 154,50 M., Rixdorf 122,55 und 145 M., Leipzig 131,15 und 180,00 M., Reinsig 126,85 und 144 M., Limbach 131,15 und 137 M., Deberan 126,85 und 126 M., Plauen 126,85 und 158,25 M., Reichenbach 131,15 und 169 M., Rochwitz 131,15 und 150 M., Sebnitz 122,76 und 136 M., Werchau 122,55 und 129 M., Zwicau 122,55 und 145 M. Also in der Mehrzahl der Fälle liegt die Armen-

unterfrühung für einen verheirateten Arbeiter mit vier Kindern, meistens auch bei drei und zwei Kindern,

### über dem Lohn des Textilarbeiters.

In Ostfalen ist die bisherige Lohnregelung schon deswegen unbefriedigend, weil hier noch ein veraltetes, aus der Inflation stammendes Lohnsystem, bestehend aus Grundlohn und Teuerungszulage, existiert. Frauen, die dasselbe Arbeitsquantum leisten, erhalten weniger als die männlichen Arbeiter, und die Jugendlichen unter gleichen Verhältnissen ebenfalls weniger als die Arbeiter über 20 Jahre, da die Teuerungszulage nach oben gestaffelt ist. Sie bringt für die männlichen Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren 1 Pfennig, für die weiblichen nichts, für die männlichen von 16 bis 18 Jahren zwei Pfennig, für die weiblichen 1 Pf., für die männlichen von 18 bis 20 Jahren 3 Pf., für die weiblichen 2 Pf., für die männlichen Arbeiter über 20 Jahre 10 Pf. und für die weiblichen 5 Pf. Der Grundlohn liegt entsprechend niedriger.

An dem Lohnelend der sächsischen Textilarbeiter dürfen weder Deffenlichkeit noch Schlichtungsinstanzen vorübergehen. Es muß beachtet werden, die Textilindustrie ist wahrhaftig nicht so schlecht dran, daß sie keine Verbesserung der Schiedsprüche aushalten könnte. Ihre Aussichten werden für das kommende Jahr durchaus nicht pessimistisch beurteilt. Aber eben deshalb wollen die Textilbarone gleich für zwei Jahre das bisherige Lohnelend verankern. Sie wollen die kommenden Gewinne allein einheimen und deshalb für zwei Jahre Ruhe haben. Die Textilarbeiter sollen weiter hungern. Den sächsischen Textilindustriellen aber kann man nicht einmal die beißenen Spottworte sagen, die Heinrich Heine vor 100 Jahren auf die hamburgischen Pfefferkörner geschüttelt hat: „Und ihre Grobmut ist so groß als wie das Loch der Armenbüchse.“ Denn die Lohnlücken der sächsischen Textilarbeiter enthalten noch nicht einmal so viel wie die Armenbüchse.

## Die „hohen Löhne“ im Zuckerrübenbau.

### Sie sind schandbar niedrig.

Die „schwerste Gefahr“, die dem deutschen Zuckerrübenbau droht, liegt nach den Behauptungen der Vereinigung deutscher Bauernvereine in den Arbeitslöhnen, „die“ — so heißt es in ihrer Pressekorrespondenz vom 29. November — „in den beiden letzten Jahren sowohl in den Zuckerrübenwirtschaften bei den Landarbeitern wie auch in den Rübenzuckerfabriken bei den Arbeitern um etwa 20 Proz. gestiegen sind“.

Hier wird etwas behauptet, was absolut nicht zutrifft. Wie haben sich z. B. in den beiden typischen Zuckerrübengebieten in der Börde und im Freistaat Anhalt die Spitzenlöhne der Landarbeiter entwickelt? In der Börde (Zone I) betrug nach den Feststellungen des Deutschen Landarbeiterverbandes im Oktober 1926 der Barlohn pro Stunde 25 Pfennig, der Deputatlohn pro Stunde 13,50 Pfennig, zusammen 38,50 Pfennig.

Oktober 1927: Barlohn pro Stunde 26,50 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 1,5 Pf. = 6 Proz., Deputatlohn 14,31 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 0,81 Pf. = 6 Proz., zusammen 40,81 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 2,31 Pf. = 6 Proz. Ostfriesland 1928: Barlohn pro Stunde 28,50 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 3,5 Pf. = 11 Proz., Deputatlohn pro Stunde 13,51 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 0 Pf., Gesamtlöhne 42,01 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 3,51 Pf. = rund 10 Proz. Freistaat Anhalt: Oktober 1926: Barlohn pro Stunde 21,50 Pf., Deputatlohn pro Stunde 14,26 Pf., zusammen 35,76 Pf. Oktober 1927: Barlohn pro Stunde 23 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 1,5 Pf. = 7 Proz., Deputatlohn pro Stunde 14,99 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 0,75 Pf. = 5 Proz., zusammen 37,99 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 2,23 Pf. = 7 Proz. Oktober 1928: Barlohn pro Stunde 25 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 3,5 Pf. = 16 Proz., Deputatlohn pro Stunde 14,7 Pfennig oder Zunahme gegenüber 1926 von 0,47 Pf. = 3 Proz., zusammen 39,75 Pf. oder Zunahme gegenüber 1926 von 3,97 Pf. gleich 11 Proz.

Zieht man, wie es die Unternehmer gerne machen, den Gesamtstundenverdienst in Betracht, dann ergibt sich folgendes Bild: Steigerung des Gesamtstundenverdienstes gegenüber 1926 in der Börde um rund 10 Proz., im Freistaat Anhalt um rund 11 Proz. Die Leitung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine muß also von ihrer Summe 50 Proz. abstreichen. Damit verlieren aber ihre Zahlen jegliche Wirkung.

## Die weiblichen Angestellten.

### Rundgebung des 30. J.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte ihre weiblichen Mitglieder zum Diensttag nach dem Plenarlauf des Reichswirtschaftsrates eingeladen. Die Rundgebung war eingeleitet von Gelangsvorträgen des Berliner Volkshochs und Regitationen von Theo Maret.

Unter dem Gesamttitel „Die weiblichen Angestellten in der rationalisierten Wirtschaft“ sprach zunächst Käthe Kern über die gewaltige zahlenmäßige Entwicklung der Angestellten überhaupt und der weiblichen Angestellten im besonderen. In weiteren Ausführungen behandelte Dr. Siegfried Bernfeld die körperliche, seelischen Einwirkungen und Gefahren der gegenwärtigen Arbeitsmethoden. Als letzte Referentin sprach Frieda Wacht über die notwendigen gewerkschaftlichen Arbeiten. Sie verlangte stärkere Betätigung auch der Frau im gewerkschaftlichen Leben und wies in ihren Ausführungen auf die besondere Schwierigkeit der Frauenerwerbsarbeit hin, die durch die doppelte Inanspruchnahme der Frau hervorgerufen werde.

Zusammenfassende Schlußworte des Ortsgruppen-Beschlusses ergaben sich folgende Forderungen: Der Zentralverband der Angestellten tätig zu sein. Der Wille zur gewerkschaftlichen Arbeit und die tiefgehende Erkenntnis wirtschaftspolitischer Zusammenhänge waren in der Besprechung deutlich erkennbar.

Verantwortlich für Inhalt: Fr. Curt Geper; Schriftföhrer: G. Ringelstein; Gesamtschreibleitung: G. Geper; Redaktion: A. A. Wächter; Grafisch und Korrekturen: Fritz Kersch; Anzeigen: K. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: E. Schmidt-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Schmidt-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin. 308 84. Preis: 4 Bogen à 20 Pfennig, „Unterzahl 250“ und „Stichtage“.

# WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz  
Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.  
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Motard-Kerzen extra prima 7, 8 u. 12 Stück im Paket, ca. 1 Pfund	120	Motard-Kompositions-Baumkerzen 10, 12 u. 15 Stück im Karton, ca. 1/2 Pfund	55 Pf.
Motard-Baumkerzen extra prima 10, 12 u. 15 Stück im Karton, ca. 1/2 Pfund	70 Pf.	Kompositions-Kerzen 6, 8 u. 12 Stück im Paket, ca. 1 Pfund	80 Pf.
Motard-Kompositions-Kerzen 6, 8 und 12 Stück im Paket, ca. 1 Pfund	1 M.	Kompositions-Baumkerzen 12, 15 u. 20 Stück im Karton, ca. 1/2 Pfund	45 Pf.
Wachstock w/ld oder gelb	20 Pf. 35 Pf.	100 Gramm 65 Pf. 200 Gramm 125 Pf. 400 Gramm 240 Pf.	

### Frisches Fleisch

Rinderkamm u. Brust	Pfund 0.75
Querrippe	Pfd. 0.70
Gulasch	Pfd. 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knodl.	1.00
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 1.22
Kalbskamm u. Brust	Pfund 0.70
Kalbsnierebraten	Pfund 0.80
Kalbskeule ganz und gefüllt	Pfund 0.90
Hammel-Vorderfleisch	Pfund 0.98
Schweinekamm u. Blatt	Pfund 1.10
Schweinerücken	Pfund 1.05
Schweineschinken	Pfund 1.15
Gehacktes	Pfd. 0.75
Lieser	Pfd. 0.90
Rindertalg selbst ausgelassen	Pfund 0.60
Kaßler, Speer u. Kamm	Pfund 1.20

### Kurstwaren

Rol-u. Dampfurst	1.10
Leberurst	1.25
Jagdwurst	1.45
Mellwurst	1.45
Schinkenpolnische	1.55
Filetwurst	1.55
Zervelat u. Salami	1.75
Leberurst holsteinische	1.80
Pökelfleisch	1.80
Teewurst	1.90
Speck fett	1.35
Schinken	1.85
Nußschinken	2.00
Knoblauchwurst	1.20
Bierwurst	1.70

### Obst, Südfrüchte

Rote Böhrrchen	Pfund 0.22
Tafeläpfel	Pfund 0.30
Amerik. Äpfel	Pfund 1.00
Walnüsse	Pfd. 0.40 0.55
Haselnüsse	Pfd. 0.45 0.55
Paranüsse	Pfund 0.50
Kranchmandeln	Pfund 0.95
Mandarinchen	Pfund 0.28
Apfelsinen	0.45, 0.60, 0.95
Kranzäpfel	Pfund 0.25
Smyrnäpfel	Pfund 0.32
Datteln	Pfund 0.48, 0.75
Spanische Weintrauben	0.48
Spanische Zitronen	Diz. 0.40
Frische Ananas	Pfd. v. 0.95 an
Kalif. Tafeläpfel	Pfund 40 Pf. 48 Pf.
Kleie	ca. 45 Pf. brutto 15.50

### Fische

Dorsche	ausgew. 14 Pf. 20 Pf.
Schellfische	Pfund v. 20 Pf.
Seelachs	o. Kopf, Pfd. 23 Pf.
Kabeljau	o. Kopf, Pfd. 26 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf, Pfd. 28 Pf.
Zander	gefillet, Pfd. 60 Pf.
Schellfisch-Filet	Pfd. 48 Pf.
Karpfen	lebend, Pfd. v. 95 Pf. an
Grüne Heringe	schwedische 5 Pfd. 98 Pf.

### Räucherwaren

Spickhake	dund 35, 52 Pf.
Fettbücklinge	38 u. 48 Pf.
Kieler Bücklinge	55 Pf.
Sprollen	45, 55 Pf.
Seelachs	1. Stück, Pfd. 52 Pf.
Dorsche	Pfund 28 Pf.

### Bäckartikel

Olympia-Mehl 5	Pfund 1.10 1.18 1.25
Auszugmehl	Pfd. 0.20 0.22 0.24 0.26
Kartoffelmehl	Pfund 0.22
Maismehl	Pfund 0.42
Blauer Mohn	Pfund 0.44
Mandeln	2.30, 2.30, 2.30
Kokosnuß	geraspelt, Pfd. 0.60
Mandello	Pfund 0.68
Sultaninen	Pfund 0.38 0.52 0.65 0.80
Rosinen	Pfund 0.45 0.60 0.68
Korinthen	Pfund 0.55 0.75
Oran-teat	Pfd. 1.20
Zitronat	Pfd. 1.35
Vanillin-Zucker	3 Beutel 0.20
Backpuiver	3 Beutel 0.30

### Schweinekotelett

Schweinekotelett	Pfund 1.30
Kalbschnittel	Pfund 2.10

### Erlwa Getriertfleisch

Suppenfleisch	Pfund 0.65
Rinderkamm u. Brust	Pfund 0.70
Kuh-Euter	Pfd. 0.25
Kerzen	Pfd. 0.60

### Konserven

Junger Spinat	48 Pf.
Karotten	geschält 40 Pf.
Jg. Brechbohnen	178 Pf.
Sellerie	in Schelbes 1.00
Gemischtes Gemüse	mittelst. 1.12 klein 1.55
Brüdspargel	extra stark 3.00
Stangenspargel	stark 3.00
Pflaumen	65 Pf.
Apfelsinen	42 Pf. 72 Pf.
Mirabellen	1.00
Birnen	halbe Frucht 1.00
Kirschen	sauer od. süß 1.05
Ananas	Frucht, 1 Stück 1.05
Kalif. Pfirsiche	1.45
Kalif. Frucht/salat	1.95
Olsardinen	35 Pf. 42 Pf.
Franz. Sardinen	in Öl od. Tomat. 68 Pf.
Crab meat	Doze 2.25 4.25

### Gemüse

Weißkohl	dän. 8 Pf.
Wirsingkohl	8 Pf.
Rotkohl	holländ. 8 Pf.
Möhren	gewaschen 10 Pf.
Sellerie	Pfund 18 Pf. Kopf von 35 Pf.
Blumenkohl	Pfund 35 Pf.

### Wild

Wildragout	14, 30, 40 Pf.
Hirsdblätter	Pfund 80 Pf.
Hasen	gebrüht, einzw. Pfd. 95 Pf. 1.15
Rehblättern	Pfund v. 1.10

### Wein

Preise für 1 Flasche ohne Glas

Besonders ausgewählte Qualitäten:

1927 Wölsteiner	lieblicher Tisch- und Soutenwein	1.20
1926 Niersleiner	süßlicher Rheinwein	1.60
1927 Nitteler	Leitender Riesling	1.70
1920 Dürkheimer	Schenkenbühl	1.80
1926 Niersleiner	Berg sehr fruchtig	2.00
1921 Günthersheimer	Aufenthal	2.20
1926 Brauneberger	Falkenberg	2.20
1926 Rudesheimer	Berg bestechender Rheinwein	2.50
1926 Piesporter	Goldtröpfchen	2.60
1925 Würzburger	Rotberg	2.70
1921 Liebraumilch	hoher Riesling	3.00
1922 Zellinger	Sonnenuhr	3.00
1924 Graves	älterer, weißer Bordeaux	3.50
1926 Haut	Sauternes	3.75
Domaine St. Coloma	liebl. spanischer Rotwein	1.25
1926 San Justo	burgunderähnlicher, aper. Rotwein	1.50
1921 Chät. Cambon	Maquis, kräftiger Rotwein	1.75
1921 Chät. La Fleur-Margaux	bestechender Bordeauxer	2.50
1921 Mercurcy	„Clos du Roi“ sehr gehaltvoll	3.00

### Getirrene Gänse

Pfd. 82, 88, 95 Pf.
---------------------

### Frische Gänse

Pfd. 98 Pf. 115 125
---------------------

### Geflügel

Suppenhühner	frisch geschlachtet, Pfd. 95 Pf.
Enten	Pfund 1.15 1.25
Poulets	frisch, Pfd. 1.25 1.40
Russische Enten	und Wolgahühner billigst

### Kaffee

Konsum-Misch.	Pfd. 2.40
Haushalt-Misch.	Pfd. 2.60
Sonder-Misch.	Pfd. 3.00
Olympia-Misch.	Pfd. 3.40
Globus-Misch.	Pfd. 3.80

### Präsenkörbe

In allen Preislagen

Walmond-Keks	Pfund 1.40
Blockschokolade	Pfund 1.15
Olympia-Kakao	Pfund 1.00

### Beste Qualitäten

Margarine	Pfd. 52, 58 Pf.
Kokosfett	Pfd. 62 Pf.
Schweineschmelz	74 Pf.
Tafelbutter	Pfund 2.24
Dänische Butter	Pfd. 2.42



Batermord in den Bergen?

Ein Prozeß in Innsbruck.

Innsbruck, 13. Dezember.

Am Donnerstag begann der für mehrere Tage berechnete Prozeß gegen den zweiundzwanzigjährigen Studenten Philipp Halsmann aus Riga, der angeklagt ist, am 10. September im Allertal seinen Vater, den Zahnarzt Max Halsmann, durch Steinwürfe und durch Hinowurfen über den Berghang ermordet zu haben.

In der zu Beginn der Verhandlung verlesenen Anklageschrift wird unter anderem darauf verwiesen, daß Halsmann und sein Sohn am 8. September in dem am Wege zur Berliner Hütte gelegenen Gasthaus „Zur Alpenrose“ genächtigt haben, wobei der Vater ausdrücklich darauf bestand, daß ihm und seinem Sohne getrennte Schlafzimmern zur Verfügung gestellt würden. Am anderen Tage ließ sich auf dem Gipfel des Schwarzenstein der Vater mit anderen Touristen in ein Gespräch ein. Als der alte Halsmann darauf aufmerksam gemacht wurde, daß seine Ausrüstung ungenügend sei und er daher leicht einem Unfall zum Opfer fallen könne, erwiderte der alte Halsmann, den Gesellen, abzukürzen, tue er seinem Sohne nicht. Sein Sohn würde ihn wohl gern beerben, aber diese Freude werde er ihm nicht machen. Am folgenden Tage bestiegen Vater und Sohn das Schindlerhorn. Unterhalb der Wenzelskapelle wurde dann eine Beerenjämmerin vom jungen Halsmann angesprochen, der ihr sagte, sein Vater sei abgestürzt. Dann sofort herbeigerufenen Leuten wurde die Leiche Halsmanns am Fuße eines Abgrundes in einem Bache gefunden. Allen bei der Bergung beteiligten Personen war es sofort unwahrscheinlich, daß an der verhängnisvollen Stelle des Berges jemand abgestürzt sein könne. Der Angeklagte Philipp Halsmann stellt nach wie vor das Verbrechen in Abrede.

Der kommende Ozeanflug der „Romar“

Start des Großflugzeuges „Romar“ bei hoher See.

Travemünde, 13. Dezember.

In der Rübeler Bucht benützte die Rohrbock-Werke zurzeit den hohen Seegang zu Versuchen mit dem Großflugboot „Romar“, mit dem die Deutsche Luftfahrt bekanntlich im kommenden Frühjahr den Atlantik überqueren will. Nachdem die Maschine vor einigen Tagen die verlangte Manövrierprüfung bei Seegang 4-5 glatt erledigt hatte, sind am Donnerstag mit diesem Typ die ersten Starts und Landungen im Seegang 4, also nach seemännlichem Ausdruck „bei grober See“, gelungen. Nach Beendigung dieser schweren Prüfung wurden die Versuche, die sämtlich unter Aufsicht der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt durchgeführt werden, mit gesteigerten Beanspruchungen fortgesetzt. Als die „Romar“ schließlich bei Seegang 3 wieder landete, wurde eine Strebe des Schwimmergestells beschädigt, doch sollte die Maschine mit eigener Kraft zu ihrem Hofes nach Revstoft zurück, wo sie beschädigte Strebe unverzüglich durch eine neue ersetzt wird. Am heutigen Freitag wird die Seetüchtigkeit dieses zurzeit größten deutschen Flugzeuges fertiggestellt.

Zum Unterschied.

Wenn bei einem Fußballspiel bürgerlicher Sportvereine ein Torwart von seinen Mitspielern so attackiert wird, daß er mit einer Gehirnerschütterung 15 Minuten betäubungslos liegen bleibt, so hat das eigentlich mit Sport nichts mehr zu tun...

Wenn ein bürgerlicher Sportverband seinen Vereinen verbietet, mit „ehemaligen Feindbundespartnern“ in sportlichen Verkehr zu treten, so hat das, mit einer friedlichen Verständigung der Völker auch nichts zu tun...

Beide Vorgänge, unglücklich in der Abendausgabe des „Vorwärts“ kritisiert, sind aber Musterbeispiele der sportlichen und geistigen Einstellung bürgerlicher Sportmacher. Die Abkehr von solchem nationalstolisch-mörderischen Sport ist der Grundgedanke des Arbeitersports.

Berlins organisierte Arbeiterschaft hat am Sonntag, dem 16. Dezember, hervorragende Gelegenheit, die Probe aufs Exempel zu machen. Oesterreichische Arbeiterfußballspieler, die ohne „Gehirnerschütterung“ und ohne „Feindbundespartnern“ auskommen und trotzdem zu den Ersten ihres Sportes zählen, werden sich mit einer deutschen Mannschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes messen. Dabei werden die Mannschaften auch dem Anschlußgedanken huldigen; sie wissen sich dabei eins mit den Werttätigen aller Stände und rufen sie zur Teilnahme auf.

Im Poststadion, Lehrter Straße, finden das Spiel und die Anschlußkundgebung statt. Um 13¼ Uhr sprechen Nationalrat Genosse Dr. Deutsch und Reichstagsabgeordneter Genosse Crispian, in der Spielpause Nationalrat Volkert und Reichstagsabgeordneter Künzler. Berlins Arbeiterschaft wird nicht fehlen!

Funkwinkel

In der Abendunterhaltung wurde das alte Berlin auf eine kurze Stunde zum Dasein erweckt. Man tat einen Blick in das Leben der „Salons“ und überhaupt in das gesellschaftliche Treiben der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bei den Berichten über die Kleiderfragen jener Zeit erfuhr man amüsiert, daß zwar die Männer im allgemeinen keine Bärte trugen, sich aber einen kriegerischen „Schmuckbart“ zulegten, wenn sie Soldat waren. Wenn dann die Natur keine solche Fierde beherrschte, der wußte sich wenigstens zur Parade einen solchen — mit gebranntem Kork ansetzen. Gotthard Rühel und Gertrud Esfeldt ergänzten den Vortrag durch Regalationen. Ein Konzert von H. Hührofen, vom Funkorchester unter Bruno Seidler-Winklers Leitung ausgeführt, bekam besonderen Glanz durch die Mitwirkung der temperamentvollen Violinistin Klara Käse. Johann Christian Bach, der jüngste Sohn Johann Sebastian, kam dann mit einigen Werken für Orchester und Gesang zu Gehör. Dr. Wilhelm Müller, Zürich, wußte unter dem Titel „Vom Stillen Ozean in die peruanische Korallriffe“ eine fesselnde Schilderung des einstigen Indereichs, seiner Landschaft und seiner Kultur zu geben.

Unfälle der Glätte.

Im Laufe des gestrigen Tages ereignete sich eine große Zahl von Glätteunfällen. In der Kaiserallee stürzte die 32jährige Frau Anna Pappert aus der Feuerstraße 6 beim Ueberqueren des Bahndammes und brach sich einen Oberarm. — Im Neufölln kam der Bierfahrer Paul Hoffmann von der Rindlbrauerei, als er die Pferde zudecken wollte, zu Fall und erlitt dabei einen Oberarmbruch. — Infolge Glätte auf der Treppe des Bahnhofs Charlottenburg stürzte der 40jährige Maler Max Hermann aus Rawasow mehrere Stufen hinunter und erlitt einen komplizierten Unterarmbruch. — Auf dem Hochdamm in der Nähe des Bahnhofes Charlottenburg kam der 32jährige Roman Adler aus der Königsstr. 8 in Charlottenburg zu Fall und erlitt einen schweren Beinbruch. — In der Ecke Alte Jakob- und Dromienstraße rutschte der 55jährige Schneidermeister Franz Goldberg aus der Alten Jakobstraße auf dem Bürgersteig aus und zog sich einen Beinbruch zu. — Außerst befremdend wirkt es, wenn man hört, daß auf einem Bahnhof, also einem öffentlichen Gebäude, ein schwerer Unfall wegen Glätte eintreten kann.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 14. Dezember, Friedrichstraße, 20 Uhr. Einreden der gefassten Jugendlichen Kameraden unter 21 Jahren in der Turnhalle Remisenstraße. Die Jugendbrigade des Kameradentums sollen die Forderung erhalten. 15. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 16. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 17. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 18. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 19. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 20. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 21. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 22. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 23. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 24. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 25. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 26. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 27. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 28. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 29. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag. 30. Dezember, Mitte, 1. Kameradentag.

Advertisement for BEWAG electricity. Includes a graphic of a power plug and a child. Text: 'Dieser Stromschock wird bei Bezahlung der Stromrechnung mit Schenk Bewag-Stromschecks'. 'Zweifelloos werden Sie zu Weihnachten auch elektrische Geräte schenken: Verdoppeln Sie die Freude über diese willkommenen Geschenke, indem Sie gleichzeitig den elektrischen Strom dazu schenken in Form von BEWAG-Stromschecks!'

Advertisement for Konsum-Fleischwaren. Includes a logo and a list of products and prices. 'KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND E.G.M.B.H.' 'Schweinefleisch aus eigener Schlachtung'. 'Frisches Rindfleisch aus eigener Schlachtung'. 'Gehacktes... Pfd. 70 Pfennig'. 'Gefrierfleisch'. 'Geflügel'.



